

Olivia Fischer

Machtkritische Arbeit mit heterogenen Gruppen

Master-Thesis

Olivia Fischer

Machtkritische Arbeit mit heterogenen Gruppen

Master in Sozialer Arbeit	Bern Luzern St. Gallen
Studienbeginn	FS 2020
Fachbegleitung	Maren Schreier
Abgabedatum	27.01.2025

Abstract

Machtverhältnisse entspringen historisch entstandenen Hierarchien und werden im alltäglichen Handeln reproduziert – aber auch modifiziert. In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, welche Aspekte bei der Moderation von heterogenen Gruppen berücksichtigt werden müssen, um eine Reproduktion sozialer Ausschließung zu vermeiden und die gleichberechtigte Partizipation aller Teilnehmer:innen zu ermöglichen. Es wird eine Literaturstudie und eine Sekundäranalyse zweier ethnografischer Studien durchgeführt. Zentrale Ergebnisse betreffen die Bewusstmachung der eigenen Involviertheit von Sozialarbeiter:innen in die Reproduktion sozialer Ausschließung sowie eine Haltung der Konfliktorientierung, welche Irritationen im Gruppenprozess zum Anlass nimmt, latente Konflikte aufzudecken und in einen gemeinsamen Verständigungsprozess zu überführen. Der Rolle der Moderation kommt in Gruppenprozessen eine Schlüsselrolle für eine machtkritische Angebotsgestaltung in der Sozialen Arbeit zu.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
1.1	Problemstellung.....	4
1.2	Stand der Forschung.....	5
1.2.1	Dialog als Machtausgleich.....	6
1.2.2	Dominanz in heterogenen Gruppen.....	7
1.2.3	Ausschliessungseffekte von Moderationsmethoden.....	7
1.3	Erkenntnisinteresse und Fragestellung.....	9
1.4	Relevanz für die Soziale Arbeit.....	10
1.5	Aufbau der Arbeit.....	11
2	Macht in der Gesellschaftsanalyse.....	13
2.1	Macht als relationaler Begriff.....	13
2.2	Anerkennungstheorie.....	14
2.2.1	Gesellschaftstheoretische Verortung.....	19
3	Macht auf der Interaktionsebene.....	23
3.1	Soziale Ausschliessung.....	23
3.1.1	Neoliberales Paradigma.....	25
3.1.2	Abgrenzung zum Soziale-Probleme-Diskurs.....	26
3.2	Partizipation.....	27
3.2.1	Arbeit an Partizipation.....	28
3.2.2	Abgrenzung zum Integrationsdiskurs.....	30
4	Machtkritische professionelle Praxis.....	32
4.1	Ausschliessungspraktiken.....	32
4.2	Akteur:innenperspektive.....	35
4.2.1	Räume der Repräsentation.....	36
5	Ethnografie professioneller Praxis.....	41
5.1	Untersuchungsgegenstand.....	41
5.1.1	Operationalisierung.....	42
5.2	Ausschliessende Effekte.....	44

5.2.1	Empirische Studie: Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – Oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird (Pigorsch, 2021c).....	45
5.2.2	Soziale Ausschliessung: Indikator “Konsensorientierung”.....	47
5.2.3	Soziale Ausschliessung: Indikator “Integration”.....	48
5.3	Anstoss zu Partizipation.....	50
5.3.1	Empirische Studie: Partizipation als Arbeit am Sozialen (Küchler, 2018).....	50
5.3.2	Partizipation: Indikator “Konfliktorientierung”.....	54
5.3.3	Partizipation: Indikator “Akteur:innenperspektive”.....	55
5.4	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	57
6	Diskussion.....	60
6.1	Zusammenfassung.....	60
6.2	Beantwortung der Fragestellung.....	63
6.3	Grenzen der Analyse und Ausblick.....	64
7	Literaturverzeichnis.....	67

1 Einleitung

Während häufig gefragt wird, was die Praxis tun kann, um sich noch mehr zu öffnen, wird hingegen seltener gefragt, inwiefern die Praxis an der Reproduktion sozialer Ausschließung selbst beteiligt ist (Pigorsch, 2024, S. 185).

Partizipationsmethoden werden in der Praxis Sozialer Arbeit mit dem Versprechen gehandelt, damit mehr Leute erreichen, beteiligen und vielleicht sogar zu einem Engagement bewegen zu können. Was es zu bedeuten hat, wenn Menschen von Angeboten nicht erreicht werden oder ihr Engagement abbrechen, latente Konflikte in der Gruppe spürbar sind, sich in der Gruppe einige Menschen leise und klein und andere laut und raumgreifend verhalten, damit befasst sich die vorliegende Arbeit. Dabei gilt eine besondere Aufmerksamkeit der Angebotsgestaltung und der Rolle der Moderation. Es geht darum, die "sozialen (Verhaltens-)Regeln" (Staub-Bernasconi, 2014, S. 370) festzulegen, welche für eine dialogische, partizipative Arbeit in heterogenen Gruppen dazu verhelfen sollen, soziale Ausschließung nicht zu reproduzieren. Eine "Demokratisierung der sozialen Verkehrsformen" (May, 2017, S. 173) ist notwendig, um Menschen eine Stimme zu geben, welche in den Entscheidungen über die Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur wie auch der Gestaltung ihres Alltags durch ausschliessende Machtdynamiken eingeschränkt werden.

Diese Arbeit untersucht gesellschaftliche Machtverhältnisse, welche auf der zwischenmenschlichen Ebene sicht- und erfahrbar werden. Für die Weiterentwicklung der (Handlungs-)theorien der Sozialen Arbeit ist es nötig, Machtasymmetrien nicht ausschliesslich "sozialarbeitsextern [H.i.O.]" (Heite, 2012, S. 195) zu analysieren, sondern die eigenen theoretischen Annahmen hinsichtlich der (Re-)produktion von Differenzkategorien zu überprüfen. Soziale Ausschließung in moderierten Gruppenprozessen sollen bewusst gemacht werden und der Stellenwert, welcher die Soziale Arbeit mit Gruppen für Menschen in schwierigen Situationen erreichen kann, aufgezeigt werden.

Anhand eines Einblicks in Methoden der Netzwerkmoderation mit "belasteten" Familien werden in den folgenden Abschnitten die methodischen Probleme

skizziert, welche sich stellen, wenn Machtaspekte in der Arbeit mit heterogenen Gruppen ausgeblendet werden.

1.1 Problemstellung

Die in den 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts prominent gewordenen Verfahren, welche für sich Empowerment und Partizipation beanspruchen, gehören heute zum Standardrepertoire der Sozialen Arbeit (Wanger, 2017, S. 43). Im Zug der Technologisierung der Sozialen Arbeit werden Probleme, Zielgruppen und Methoden vermehrt entlang dem Paradigma einer "Minimierung von Abweichung" definiert (Munsch, 2017, S. 166). In der sozialen Arbeit werden als "Empowerment" oder "Partizipation" gelabelte Techniken angewendet, welche darauf zielen, die Lebensweisen ihrer Nutzer:innen dahingehend zu bearbeiten, dass diese (wieder) den (dominanten) gesellschaftlichen Normen entsprechen.

Exemplarisch für die *machtunkritische* Moderation heterogener Gruppen in der Praxis Sozialer Arbeit verweise ich auf die Methode der Ressourcenorientierten Netzwerkmoderation, welche ihre Ursprünge in der Familientherapie hat (Friedrich, 2012, S. 5). Sybille Friedrich (2012) hat das Konzept der Ressourcenorientierten Netzwerkmoderation für den Kontext der Familienhilfe in Deutschland begründet. Die folgenden Abschnitte beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf Friedrich (2012). Ziel der Ressourcenorientierten Netzwerkmoderation ist es, die informellen Netzwerke belasteter Familien zu aktivieren, mit dem Ziel, diese als Ressourcen in den Hilfeprozess zu integrieren. Bezugspersonen aus dem persönlichen Umfeld der Familien werden zu einem Treffen eingeladen, an welchem entlang der Ressourcen im informellen Netzwerk ein gemeinsamer Handlungsplan erarbeitet wird. Friedrich versteht die Methode der Netzwerkmoderation als "Empowerment-Werkzeug" (S. 1) für den Einsatz in Gruppenangeboten für mehrfach belastete Familien, "die befähigt werden müssen, um ihren Platz in der Gesellschaft erfolgreich beanspruchen zu können." Als Moderationsmethode greift Friedrich auf die Themenzentrierte Interaktion (TZI) nach Ruth Cohn (2009, zitiert nach Friedrich, 2012) zurück. Die TZI sei eine Methode, welche die Allparteilichkeit der Moderation gewährleiste (S. 50). Konkretisiert wird dies mit dem Grundsatz "*Sei dein eigener Chairman*" (S. 51). Teilnehmende des Gruppenangebots werden ange-

halten, ihr Unwohlsein zu äussern, ohne dass sie danach gefragt würden. Die Rolle der Moderationsperson ist darauf beschränkt, die Teilnehmer:innen über diesen Grundsatz zu informieren (S. 51).

Der Ansatz der Ressourcenorientierten Netzwerkmoderation gibt die Verantwortung für den gleichberechtigten Einbezug der Teilnehmer:innen an diese ab, und entlastet damit die Moderationsperson, ihr eigenen Anteile an Ausschlussmechanismen zu reflektieren. Machtdynamiken, welche nicht angesprochen werden, geraten mit einer machtunkritischen Moderation genauso aus dem Blickfeld wie Ausschlussprozesse in der Gruppe.

Im nächsten Kapitel werden Forschungsergebnisse zusammengefasst, welche die Effekte von Machtasymmetrien in heterogenen Gruppen beleuchten.

1.2 Stand der Forschung

In diesem Kapitel wird der aktuelle Forschungsstand zum Thema der Moderation heterogener Gruppen dargestellt. Dafür wurden Studien ausgewählt, welche sich mit der Frage beschäftigen, wie eine machtkritische Moderation heterogener Gruppen gestaltet werden kann.

Zu Beginn wird die Studie "Women, Welfare and the Politics of Needs Interpretation" von Nancy Fraser (1987) präsentiert. Diese Studie zeigt die Notwendigkeit partizipativer, dialogischer Formate für die Angebotsgestaltung im Sozialwesen auf, um das Machtverhältnis zwischen Expert:innen der Verwaltung und den Betroffenen auszugleichen. Daran anschliessend wird die Studie "Ausschlussung und Partizipation" von Stephanie Pigorsch (2024) erläutert. In dieser Studie geraten partizipative, dialogische Formate, wie sie von Fraser gefordert wurden, in den Blick. Pigorsch analysiert Partizipationsveranstaltungen hinsichtlich deren nichtintendierten, ausschliessenden Wirkungen. Auch die Studie "Die Effektivitätsfalle: Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung" von Chantal Munsch (2005) konnte aufzeigen, dass in heterogenen Gruppen soziale Ausschlussdynamiken entlang der sozialen Herkunft wirksam sind. Die Studie hebt hervor, dass Professionelle wie auch Forscher:innen blinde Flecken in Bezug auf das eigene Ausschlussverhalten haben.

1.2.1 Dialog als Machtausgleich

Die Literaturverweise in diesem Unterkapitel beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf Fraser (1987).

Nancy Fraser zeigt in ihrem Aufsatz "Women, Welfare and the Politics of Needs Interpretation" auf, dass das Sozialwesen zu einem neuen Feld politischer Aushandlungen geworden ist (S. 100–101). Im Feld des Sozialen wird nicht über Grundrechte, sondern über Bedürfnisse verhandelt, wobei diese Bedürfnisse durch Expert:innen unter Ausschluss der Betroffenen interpretiert (S. 98) werden und im Falle der USA eine Stigmatisierung von Sozialhilfebeziehenden als defizitär und therapiebedürftig zur Folge haben (S. 96). Aus einer Gerechtigkeitstheoretischen Sicht ist die Umverteilung materieller Ressourcen und damit die Sozialhilfe ein existenzielles Recht vor dem Hintergrund kapitalistischer Gesellschaften, wohingegen die damit einhergehende Stigmatisierung der Betroffenen ungerecht ist (Fraser, 2003, S. 84). Fraser tritt dafür ein, dass betroffene Personengruppen in einem partizipativen, dialogischen Verfahren, angelehnt an die Verfahrensprinzipien der Diskursethik nach Habermas an der Interpretation ihrer Bedürfnisse beteiligt und damit als Bürger:innen mit demokratischem Mitspracherecht anerkannt werden (S. 100). Dabei sollen verschiedene alternative Interpretationen von Bedürfnissen, zusätzlich zur Prüfung der Vernünftigkeit der Argumente, dahingehend beurteilt werden, ob sie zu einer Verschlechterung oder Verbesserung der Situation der Betroffenen führen (S. 101). Frasers Forderung nach dialogischen, partizipativen Beteiligungsformaten führt zwar mit der Diskursethik, ergänzt um die Bewertung der Folgen der diskutierten Massnahmen, Prozesskriterien für politische Aushandlungen ein. Angesichts der statusbedingten Hierarchien heutiger Gesellschaften, besteht die Herausforderung jedoch darin, dass "Subalternen" die Fähigkeit zur Selbstvertretung abgesprochen wird (Spivak, 2008; zitiert nach Münkler & Roesler, 2012, S. 188–189). An diese Kritik wird im Kapitel 4.2.1 "Räume der Repräsentation" mit einer alternativen methodischen Umsetzung dialogischer Formate nach dem Ansatz der Sozialraumentwicklung nach May (2017; 2022) angeknüpft.

1.2.2 Dominanz in heterogenen Gruppen

Die Literaturverweise in diesem Unterkapitel beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf Munsch (2005).

Chantal Munsch beobachtete, wie Menschen, welche aufgrund ihrer Erwerbslosigkeit einen niedrigen sozialen Status haben, versuchten sich an einer Arbeitsgruppe zu beteiligen, in welcher sich vorwiegend Einwohner:innen mit einem höheren sozialen Status engagierten. Ein wichtiges Ergebnis der Studie war die Erkenntnis, dass Verhalten, welches die ungeschriebenen Regeln eines effektiven, zielorientierten Vorgehens der Arbeitsgruppe nicht erfüllte, von den statushöheren Teilnehmer:innen als "störend" gewertet wurde (S. 110). Interessant ist in diesem Zusammenhang eine weitere Erkenntnis der ethnografischen Beobachtung, nämlich, dass den statushöheren Teilnehmer:innen der Arbeitsgruppe die ausschliessende Wirkung ihrer Handlungen nicht bewusst war (S. 191). Nicht nur die statushöheren freiwillig Engagierten, sondern auch die Forscherin selbst nahm die "Störungen" erst sehr spät im Forschungsprozess als solche wahr (S. 191). Die stark internalisierte Überzeugung der freiwillig Engagierten wie auch der Forscherin, "offen für alle" zu sein, führte zu einem blinden Flecken für Mechanismen der Ausschliessung (Munsch, 2013, S. 191). Die Studie von Munsch konnte die "Dominanzkultur" (Rommelspacher, 1995; zitiert nach Munsch, 2013, S. 192) in der gemeinwesenorientierten, also dialogisch und partizipativ angelegten, Arbeit mit Gruppen nachweisen. Mit Situationen veranstalteter Partizipation befasste sich ebenso Stephanie Pigorsch (2024), welche sich im Besonderen mit der Rolle der Moderation beschäftigt.

1.2.3 Ausschliessungseffekte von Moderationsmethoden

Die Literaturverweise in diesem Unterkapitel beziehen sich auf Pigorsch (2024).

Stephanie Pigorsch untersuchte mittels der Methoden von Situations- und Diskursanalyse Partizipations- und Beteiligungsformate hinsichtlich deren Reproduktion gesellschaftlicher Prozesse sozialer Ausschliessung. Pigorsch fokussierte dabei nicht auf Einstellungen oder individuelle Handlungen der Moderator:innen oder Teilnehmer:innen, sondern nahm die Situationen mit ihren Folgen für die von den Ausschliessungsprozessen Betroffenen gesamthaft in den

1 Einleitung

Blick (S. 185). Moderator:innen sind "mit situierter Macht ausgestattet" und haben einen erheblichen Einfluss darauf, inwiefern sich Teilnehmer:innen in einer heterogenen Gruppe gleichberechtigt beteiligen können (S. 190).

Gesellschaftliche Statusunterschiede werden in der Gruppensituation tendenziell reproduziert, indem sich die Menschen zueinander entlang ihres (zugeschriebenen) sozialen Status positionieren: "Man positioniert sich nicht nur, sondern wird positioniert und positioniert andere" (S. 142). Pigorsch stellt fest, dass auch eine Moderationsperson, welche zwar auf die "soziale und atmosphärische" Dimension der Veranstaltung bedacht ist, jedoch immer auch eine institutionelle Logik der Ergebnisorientierung transportiert, welche Relevanzen setzt und damit situativ als nicht relevant gewertetes Wissen zum Verstummen bringt (S. 200).

Pigorsch stellt der institutionellen Logik, welche implizit Menschen zu einem Engagement bewegen will (S. 294), die Perspektive der "Alltagsakteur:innen" gegenüber, welche den "Gebrauchswert" von Partizipationsveranstaltungen daran bemessen, inwiefern sie diese für sich nutzbar machen können (S. 243). Nicht-Nutzung partizipativer Veranstaltungen sind aus dieser Sicht nicht als Partizipationsdefizit zu verstehen, sondern weisen darauf hin, dass die betreffenden Veranstaltungen keinen Gebrauchswert für den konkreten Alltag der Alltagsakteur:innen haben, sie möglicherweise keine Anknüpfungspunkte an ihre Lebenserfahrungen und Interessen bieten oder auch Erinnerungen an frühere Instrumentalisierungserfahrungen durch Institutionen wecken (S. 243). Die zentrale Erkenntnis der Studie ist, dass sich die Moderation von Partizipationsveranstaltungen in einem Spannungsfeld zwischen institutionellen Logiken der Ergebnisorientierung und dem Gebrauchswert der Veranstaltung aus Sicht der Alltagsakteur:innen befindet.

Diese Übersicht zum Forschungsstand konnte aufzeigen, dass partizipative, dialogische Formate ein wichtiges Instrument zum Machtausgleich und zur Vermeidung von Stigmatisierungen sind. Bei genauerer Betrachtung von Partizipationsveranstaltungen, geraten jedoch auf der Interaktionsebene (nicht intendierte) Ausschlussprozesse in den Blick. Auch in heterogenen Gruppen werden Statushierarchien reproduziert, indem implizit zwischen relevanten und nicht relevanten Interessensartikulationen gewertet wird. Die Refle-

xion über die eigene Involviertheit in die Reproduktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse erweist sich als Erfordernis für die weitere Entwicklung der Professionalität in der Sozialen Arbeit.

1.3 Erkenntnisinteresse und Fragestellung

Mit der Übersicht zum Forschungsstand im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, dass Formate, welche als "offen für alle" konzipiert sind, nicht frei von sozialen Hierarchisierungen und damit von sozialer Ausschliessung sind. In heterogenen Gruppen kommen Menschen zusammen, welche sich in ihrem sozialen Status unterscheiden. Der Moderationsperson kommt in der Reflexion und Bearbeitung sozialer Ausschliessungsprozesse, wie auch der Schaffung von Möglichkeitsräumen für Partizipation eine Schlüsselrolle zu.

Mit der Erarbeitung eines handlungstheoretischen Rahmens, gestützt auf empirischer Untersuchung aus Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit soll die folgende Forschungsfrage beantwortet werden:

Welche Aspekte sind bei der Moderation von Gruppenprozessen aus einer machtkritischen Perspektive zu berücksichtigen?

Die Frage wird durch zwei Unterfragen hinsichtlich ihres Erkenntnisinteresses konkretisiert:

- Wie kann eine Reproduktion von Ausschliessung in der Arbeit mit heterogenen Gruppen vermieden werden?
- Wie gelingt Partizipation in der Arbeit mit heterogenen Gruppen?

Die vorliegende Arbeit möchte die Reflexion darüber vertiefen, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen moderierte Gruppenprozesse soziale Ausschliessung reproduzieren. Es soll aufgezeigt werden, wie die Wahrnehmung für Partizipationshandeln aus der Akteur:innenperspektive geschult werden kann. Schliesslich sollen Erkenntnisse für die Reflexion der situativen Handlungsmacht der Moderation gewonnen werden.

Die Master-Thesis wird als Theoriearbeit verfasst und greift dabei auf empirische Wissensbestände aus der Praxisforschung der Sozialen Arbeit zurück.

1.4 Relevanz für die Soziale Arbeit

Mit der Frage nach einer machtkritischen Sozialen Arbeit werden Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit dahingehend befragt, inwiefern diese Machtverhältnisse reflektieren und zweitens zugunsten der unterdrückten Partei auch verändern können und damit empowernd wirken.

Die Frage nach einer machtkritischen Sozialen Arbeit erhält vor dem Hintergrund eines beobachtbaren Paradigmenwechsel von der "Differenz der Ungleichheit" zur "Gleichheit der Differenz" (Kessl & Plösser, 2010, S. 9) eine besondere Relevanz. Die Ausführungen im folgenden Abschnitt sind angelehnt an Kessl & Plösser (2010, S. 9).

Mit dem in der Politik wie auch in der Sozialen Arbeit aufkommenden Diskurs zur "Gleichheit der Differenz" ist die Aufwertung von Unterschieden gemeint. Forderungen, soziale Ungleichheit zu benennen und zu bekämpfen, werden durch einen neoliberalen Diskurs verdrängt, welcher Differenz positiv konnotiert. Die Auswirkungen eines solchen Diskurses auf die professionelle Tätigkeit der Sozialen Arbeit sind gravierend. Wenn Unterschiedlichkeit positiv bewertet wird, gibt es für Professionelle der Sozialen Arbeit keinen Anlass mehr dazu, nach strukturell bedingten Benachteiligungen zu fragen; ebenso erübrigt sich die Reflexion der eigenen Involviertheit in gesellschaftliche Machtverhältnisse und die Reproduktion sozialer Ungleichheiten. Mit dem Diskurs der "Gleichheit der Differenz" werden Problemlagen auf die individuelle und psychologische Ebene reduziert. Angebote der Sozialen Arbeit, welche "Erfahrungen von Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung und Abwertung" zur Sprache bringen und Betroffenen von strukturellem Ausschluss zur Zielgruppe Sozialer Arbeit erklären, geraten unter Rechtfertigungsdruck.

Gemäss Heite (2010) werde die Machtasymmetrie in der Beziehung zwischen Professionellen und Adressat:innen in der professionstheoretischen Literatur der Sozialen Arbeit zwar breit diskutiert, ausgeblendet würden jedoch Differenzierungspraktiken durch die Soziale Arbeit selbst (S. 195). Zur institutionell bedingten Machtasymmetrie zwischen Professionellen und Adressat:innen kämen gesellschaftlich verankerte Statusunterschiede entlang von Dimensionen wie "Klasse, Geschlecht, Sexualität oder Ethnizität" hinzu (Heite, 2010, S. 195). Voraussetzung für eine machtkritische Soziale Arbeit ist deshalb die

Reflexion der Machtposition von Professioneller der Sozialen Arbeit entlang von gesellschaftlich hierarchisierten Differenzkategorien (Heite, 2010, S. 190). Der Mehrwert einer machtanalytischen Perspektive liegt für die Soziale Arbeit darin, dass die Ursache von sozialer Ungleichheit und der mangelnden Anerkennung von Personengruppen entlang von Differenzierungskategorien wie Klasse, Geschlecht, Race, Ethnie etc. gesucht wird. Damit lässt sich sowohl eine Individualisierung als auch Psychologisierung von *schwierigen Situationen*¹ vermeiden. Gleichzeitig bietet die machtanalytische Perspektive die Möglichkeit, die Involviertheit der Sozialen Arbeit in die Reproduktion von Ausschlussprozessen zu kritisieren (Kapitel 4.1). Dadurch soll es gelingen, eine Akteur:innenperspektive gegenüber institutionellen, ausschliessenden Logiken hochzuhalten (Kapitel 4.2) und hierfür machtkritische Formate für Dialog und Partizipation zu schaffen (Kapitel 4.2.1).

1.5 Aufbau der Arbeit

Zu Beginn der Arbeit wird ein Gesellschaftsverständnis entworfen, welches Macht als illegitime, auf Dominanz basierenden Hierarchien beschreibt. Mit der Anerkennungstheorie nach Fraser wird ein Ansatz präsentiert, mit welchem ungerechte Machtverhältnisse kritisiert und Forderungen auf einen Machtausgleich begründet werden können (Kapitel "2 Macht in der Gesellschaftsanalyse").

In einem zweiten Schritt werden Machtdynamiken auf der Interaktionsebene mit dem Analysebegriff der sozialen Ausschliessung operationalisiert. Dem Begriff der sozialen Ausschliessung wird der Begriff der Partizipation gegenübergestellt und damit die Frage nach Macht auf der Interaktionsebene demokratiethoretisch gerahmt (Kapitel 3 "Macht auf der Interaktionsebene").

Die Erkenntnisse aus den beiden vorhergehenden Kapitel werden verdichtet und auf die Frage nach einer machtkritischen professionellen Praxis bezogen.

¹ In der Arbeit wird der Begriff der schwierigen Situationen im Anschluss an Ellen Bareis verwendet, um die Ursache sozialer Ausschliessungsprozesse "in der hierarchischen Strukturierung des Zugangs zu Ressourcen durch die Organisationen und Institutionen" zu betonen und damit die Personifizierung von "sozialen Problemen" in der Rede von "den Ausgeschlossenen" oder "den Überflüssigen" zu vermeiden (Bareis, 2012, S. 300)

1 Einleitung

Dabei wird aufgezeigt, wie Ausschliessungspraktiken bewusst gemacht werden können und die Akteur:innenperspektive im professionellen Alltag berücksichtigt werden kann (Kapitel 4 "Machtkritische Professionelle Praxis").

Um die Folgen zu verdeutlichen, welche die Soziale Arbeit mit heterogenen Gruppen jenseits ihrer Absicht haben kann, werden empirische Ergebnisse zweier ethnografischer Studiendargestellt und mittels einer Sekundäranalyse hinsichtlich Ausschliessungs- und Partizipationspraktiken der Moderator:innen befragt (Kapitel 5 "Ethnografie professionelle Praxis").

Schliesslich werden die Erkenntnisse aus der theoretischen Abhandlung und der Sekundäranalysen des empirischen Materials verdichtet und auf die Fragestellung bezogen, welche Aspekte bei einer machtkritischen Moderation von heterogenen Gruppen zu beachten sind (Kapitel 6 "Diskussion").

2 Macht in der Gesellschaftsanalyse

Als Einstieg in das Thema der Machtkritik wird in diesem Kapitel ein Gesellschaftsverständnis entworfen, welches moderne Gesellschaften als konflikthaft und die bestehenden Machtverhältnisse hinsichtlich deren Legitimität kritisiert. Nach der Begriffsklärung (Kapitel 2.1) wird das Machtverständnis mit der Anerkennungstheorie nach Fraser veranschaulicht und gesellschaftstheoretisch verortet (Kapitel 2.2).

2.1 Macht als relationaler Begriff

In diesem Unterkapitel wird ein Machtverständnis skizziert, mit welchem Macht als Wirkkraft in allen sozialen Interaktionen analysiert werden kann.

Foucault begründete einen relationalen Machtbegriff, welcher im Gegensatz zu einem statischen Machtbegriff steht. Während ein statischer Machtbegriff Macht ausschliesslich in (staatlichen) Strukturen verortet (Allen, 2022, Abschnitt 1), wirkt Macht gemäss Foucault nicht nur auf einer strukturellen Ebene, sondern zeigt sich in jeder sozialen Interaktion (Foucault, 1977; zitiert nach Allen, 2022, Abschnitt 3.5). Dieser relationale Machtbegriff wurde im feministischen Slogan "Das Private ist politisch" aufgenommen (Allen, 2022, Abschnitt 3.5) und unterstreicht die Relevanz der vorliegenden Arbeit, Macht in sozialen Interaktionen und nicht in Strukturmerkmalen zu erforschen.

Eine weitere These nach Foucault ist, dass Macht nicht nur in jeder sozialen Interaktion erkennbar ist, sondern von sozialen Interaktionen hergestellt wird (Foucault, 1978; zitiert nach Allen, 2022, Abschnitt 3.5). Nadai (2012) zeigt auf, welche Implikationen ein relationaler, konstruktivistischer Machtbegriff für die Analyse professioneller Praxis in der Sozialen Arbeit hat. Professionelle der Sozialen Arbeit werden von diesem Standpunkt aus als handelnde Akteur:innen beschrieben, welche Macht-Strukturen und Macht-Diskurse durch ihre konkrete Praxis reproduzieren, aber auch verändern können (Nadai, 2012, S. 150). Eine konstruktivistische Perspektive auf Macht wird in dieser Arbeit denn auch dem Kapitel 3 "Macht auf der Interaktionsebene" zugrunde gelegt.

Fraser kritisiert Foucault's Machtbegriff damit, dass dieser kein normatives Kriterium einführt, mit welchem Macht als ungerecht bewertet werden könnte (1989; zitiert nach Allen, 2022; Kapitel 3.5). In ihrem Aufsatz zur Anerkennungstheorie begründete Nancy Fraser (2003) das Prinzip der "partizipatorischen Parität", gemäss welchem alle Menschen in Aushandlungsprozesse über Themen, welche ihre Lebensgestaltung betreffen, als gleichberechtigte Partner:innen einbezogen werden müssen (S. 55). Damit stellt Fraser ein normatives Kriterium auf, um Dominanzbeziehungen, welche den Statushierarchien moderner Gesellschaften entspringen, zu delegitimieren. Die Anerkennungstheorie nach Fraser und deren Verständnis von Macht als Dominanz werden im nächsten Kapitel "2.2 Anerkennungstheorie" vertieft diskutiert.

Für die Bearbeitung der Fragestellung, wie professionelles Handeln machtkritisch gestaltet werden kann, erweist sich ein relationaler, konstruktivistischer Begriff von Macht angemessen. Die Erkenntnis, dass sich Macht grundsätzlich in Form von ungerechten Dominanzbeziehungen äussert, wird als Grundannahme in die weitere Analyse mitgenommen.

2.2 Anerkennungstheorie

Nancy Fraser (2003) beobachtet, dass sich soziale Bewegungen in ihren Forderungen entweder auf eine Anerkennung von Differenzen oder auf die Umverteilung beziehen (S. 13–14). Mit der Anerkennungstheorie plädiert Fraser dafür, die Anerkennung von Differenzen und die Umverteilung zusammen zu denken, weil beide Forderungen durch den Ausgleich ungerechter Machtverhältnisse eingelöst werden können (S. 45).

Die Anerkennungstheorie ist für Gesellschaften konzipiert, in denen unterschiedliche Auffassungen des guten Lebens koexistieren (Fraser, 2003, S. 47). Frasers Gerechtigkeitskonzept beinhaltet keine Aussage darüber, wie ein "gutes Leben" aussehen soll (S. 47). Das einzige normative Kriterium, welches Fraser einführt, ist die "partizipatorische Parität", also die gleichberechtigte demokratische Teilhabe² (S. 55). Gemäss Fraser ist es ungerecht, wenn gewisse Bevölkerungsgruppen an Entscheidungen, welche diese betreffen

² Der Begriff der Teilhabe (Englisch: participation) wird in der Arbeit synonym mit Partizipation verwendet.

und zugleich stigmatisieren, nicht beteiligt sind (S. 44). Individuen und soziale Gruppen sollen erstens nicht durch fehlende materielle Ressourcen wie Einkommen, Vermögen und Freizeit an der gesellschaftlichen Teilhabe gehindert werden; und zweitens darf keiner Person und keiner sozialer Gruppe der Status als gleichberechtigte Interaktionspartner:in aberkannt werden (S. 54–55).

Fraser's Anerkennungstheorie zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine Individualisierung wie auch Psychologisierung vermeidet. Mangelnde Anerkennung ist eine Frage der Gerechtigkeit und muss nicht an den tatsächlichen negativen Folgen bemessen werden (S. 47). Genauso ist fehlende Anerkennung nicht auf ein individuelles Defizit zurückzuführen, sondern wird durch Statusunterschiede verhindert (S. 48).

Fraser beschreibt zwei Ebenen, auf welchen partizipatorische Parität erweitert werden kann. Einerseits können bestehende institutionalisierte Wertesysteme dahin transformiert werden, dass weitere Bevölkerungsgruppen Zugang zu ihnen bisher vorenthaltenen gesellschaftlichen Ressourcen erhalten (S. 60).

Andererseits können bisher nicht anerkannte Wertesysteme gesellschaftlicher Minderheiten institutionalisiert werden (S. 60). Insofern die neu anzuerkennenden Wertesysteme ihrerseits weder Mitglieder der eigenen Gruppe noch andere Gruppen abwerten und ausschliessen, ist damit ebenfalls ein Schritt zu mehr partizipatorischer Gerechtigkeit getan (S. 60–61).

Mit Fraser kann festgehalten werden, dass es nicht die psychologischen, bisweilen traumatisierenden Folgen von sozialer Ausschliessung sind, welche die Ungerechtigkeit ausmachen. Auch ist es nicht die Tatsache, dass sich Menschen selbstwirksam erleben, welche Gerechtigkeit ausmacht. Ungerecht ist die Tatsache, dass einzelnen Menschen oder sozialen Gruppen die demokratische Mitbestimmung überhaupt verwehrt wird (S. 47).

Gerecht ist eine Gesellschaft, wenn alle Menschen als gleichberechtigte Interaktionspartner:innen anerkannt werden, unabhängig davon, ob dies mit einer Steigerung des Selbstwerts von bisher ausgeschlossenen Personen einhergeht oder nicht (S. 47).

Fraser führt ein Gedankenexperiment an, um aufzuzeigen, wie sich die modernen Gesellschaften seit dem Aufkommen des Kapitalismus grundlegend ver-

ändert und pluralisiert haben (S. 73–78). Um die Gesellschaften moderner, heterogener Industrienationen zu verstehen, stellt Fraser diese einer hypothetischen vormodernen, homogenen Gesellschaft gegenüber. In der vormodernen Gesellschaft diene als einziges soziales Unterscheidungsmerkmal die Verwandtschaftsbeziehung. In einer idealtypischen vormodernen Gesellschaft ist die kulturelle Ordnung mit der ökonomischen Ordnung deckungsgleich (S. 73). In einer solchen Gesellschaft gibt es keine Klassen, da für die Verteilung von materiellen Ressourcen als einziges Kriterium der Verwandtschaftsgrad, also die Statushierarchie ausschlaggebend ist (S. 73). Die Hierarchie und damit die Statusunterschiede werden durch die kulturelle Ordnung bestimmt und damit legitimiert (S. 77–78).

Im Gegensatz zur idealtypischen traditionellen Gesellschaft existiert in modernen Gesellschaften keine einzige, allumfassende kulturelle Ordnung. Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass die Grenzen zwischen Kulturen nicht mehr klar umrissen sind und alle Kulturen wiederum hybride Formen verschiedener Subkulturen annehmen (S. 78). Unterschiedliche Institutionen regeln eine Vielzahl an unterschiedlichen Wertemustern, welche teilweise inkompatibel sind (S. 78). Die Gesellschaftsmitglieder teilen nicht ein gemeinsames Set an Normen, sondern es existieren Subkulturen mit ihren eigenen Werten, welche teils inkompatibel sind (S. 78). Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher, hybridisierter Kulturen, Wertesysteme und Normen führt dazu, dass dominante kulturelle Ordnungen ausgehend von alternativen Standpunkten in Frage gestellt und angefochten werden (S. 78). Die Statushierarchie ist in modernen Gesellschaften, welche auf dem demokratischen Grundsatz der Gleichheit der Menschen gründen, illegitim (S. 78).

Zur Veranschaulichung der Pluralität moderner Gesellschaften im Gegensatz zu weitgehend homogenen vormodernen Gesellschaften dient das folgende Schaubild (Tabelle 1).

Tabelle 1: Vergleich von homogenen mit pluralistischen Gesellschaften

	Hypothetische vormoderne Gesellschaften	Moderne Gesellschaften
Kulturen	Eine einzige, scharf umgrenzte Kultur	Hybridisierte, transkulturelle Ordnungen, alternative Subkulturen
Institutionen	Eine einzige, undifferenzierte Institution (Verwandtschaft)	Ausdifferenzierte Institutionen mit je eigenen Wertemustern
Ethiken	Eine einzige, monistische Ethik	Pluralistische Ethiken mit je eigenen Normen
Kulturelle Ordnung(en)	Eine einzige, unanfechtbare, kulturelle Ordnung	Verschiedene, anfechtbare, kulturelle Ordnungen
Statushierarchie	Legitimiert (durch Verwandtschaftsgrad)	Illegitim

In Anlehnung an Fraser (2003, S. 77–78)

Fraser bezieht sich in ihrer Gerechtigkeitstheorie sowohl auf Klassen- als auch auf Statusunterschiede zwischen Menschen.

Fraser zeigt in ihrer Analyse auf, dass die Statushierarchie in kapitalistischen Gesellschaften nicht vollständig durch die sozioökonomischen Klassen abgelöst wurden (S. 77). Moderne Gesellschaften zeichnen sich viel mehr durch ein "Feld querliegender Statusunterscheidungen" aus, in welchem die Menschen "über eine Pluralität institutionalisierter und subkultureller Werthorizonte verhandeln" (S. 77–78).

Mit Blick auf die Geschichte zeigt Fraser, dass soziale Ungleichheit und mangelnde Anerkennung häufig gleichzeitig auftreten und es auf den ersten Blick nicht klar zu erkennen ist, welchen Anteil sie jeweils haben (S. 83).

Fraser plädiert für einen perspektivischen Dualismus, welcher "sowohl die kulturellen Subtexte nominell ökonomischer Prozesse als auch die ökonomischen Subtexte nominell kultureller Praktiken sichtbar und kritisierbar" macht

(S. 84). Ein Beispiel für die Überlagerung ökonomischer Prozesse mit kulturellen Praktiken beschreibt Fraser in ihrem Aufsatz "Women, Welfare and the Politics of Needs Interpretation" (1987) (vgl. Kapitel 1.2 "Stand der Forschung"). Fraser zeigt auf, dass die US-amerikanischen Programme der Sozialen Sicherung, welche sich an nichterwerbstätige Personen richten, vordergründig zwar als ökonomische Prozesse der Umverteilung beschrieben werden können, hintergründig jedoch ein Subtext kultureller Wertsetzung ersichtlich wird, welcher sich als stigmatisierend erweist (S. 97). Am Beispiel des Systems der Sozialen Sicherung von nichterwerbstätigen Personen zeigt Fraser auf, dass Rechte durch Bedarfe ersetzt wurden, wobei die jeweiligen Bedarfe entlang einer institutionellen Logik definiert werden und mitunter stigmatisierende Folgen für die Betroffenen haben (S. 101), indem die Bedarfe unter dem Existenzminimum liegen und deren Ursache als individuelle Defizite interpretiert werden (S. 99). Fraser macht dies daran ersichtlich, dass es im US-amerikanischen Sozialhilfesystem erstens kein Anspruch auf Leistungen besteht, zweitens das komplizierte Aufnahmeverfahren hohe Anforderungen an die Betroffenen stellt und drittens Leistungen an Bedingungen geknüpft sind, welche in vielen Fällen einen therapeutischen Charakter haben (S. 99). Gemäss Fraser spricht dieses System den Betroffenen den Status als Bürger:innen ab und geht mit einer Bevormundung der Leistungsbeziehenden einher (S. 96). Fraser vergleicht das Sozialhilfesystem mit Systemen der sozialen Sicherung, welche sich an erwerbstätigen Personen orientieren³. In diesen Systemen besteht grundsätzlich ein Leistungsanspruch, welcher vergleichsweise unkompliziert beantragt werden kann und nicht an Bedingungen geknüpft ist (S. 95–96). Der Status als Bürger:in bleibt in diesem System erhalten (S. 96). Fraser legt den Schluss nahe, dass das Sozialhilfesystem auf die "weibliche" Sphäre des Häuslichen, Privaten, Familiären ausgerichtet ist, während das System der sozialen Sicherung für Erwerbstätige sich am "männlichen", öffentlichen Leben orientiert. Mit dieser Unterscheidung verweist Fraser auf einen weiteren kulturellen Subtext des Sozialhilfesystems, nämlich dass Bedürfnisse, welche der privaten Sphäre entspringen von der

³ In der Schweiz würde dies den Systemen der sozialen Sicherung bei Lohnausfall (Krankentaggeldversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung und Erwerbsersatzordnung) entsprechen.

gesellschaftlichen Norm abweichen, während Bedarfe, welche im Zusammenhang mit Lohnausfall stehen, die Norm sind (S. 96).

Aus einer Gerechtigkeitsperspektive wie sie Fraser mit der Anerkennungstheorie bestimmt, müssen Personen und Gruppen bei Entscheidungsprozessen, welche sich auf deren Leben auswirken, im Sinne der "partizipatorischen Parität" als gleichberechtigte Bürger:innen anerkannt und beteiligt werden (Fraser, 2003, S. 55).

2.2.1 Gesellschaftstheoretische Verortung

Mit Blick auf moderne Gesellschaften kristallisierten sich gemäss Anhorn und Stehr (2012) in den Gesellschaftstheorien einerseits eine Konsens- in Abgrenzung zu einer Konfliktorientierung, und andererseits eine Ordnungs- in Abgrenzung zu einer Befreiungsperspektive auf Gesellschaft aus (S. 58–61).

In diesem Kapitel werden konflikttheoretische und befreiungstheoretische Gesellschaftstheorien im Hinblick auf deren Machtverständnis beschrieben und zur Verdeutlichung von Konsens- und Ordnungstheorien abgegrenzt. Schliesslich wird die Anerkennungstheorie nach Fraser in die konflikt- und befreiungstheoretische Tradition der Gesellschaftstheorien eingeordnet.

Bei der Erläuterung der Gesellschaftstheorien stütze ich mich auf die Autoren Anhorn und Stehr (2012).

An erster Stelle wird der befreiungstheoretische Blick auf Gesellschaft erörtert. Ausgehend von der Prämisse, dass Gesellschaft auf Machtverhältnissen gründet, steht und fällt das Wohlergehen der Gesellschaftsmitglieder mit ebendiesen Machtverhältnissen (S. 59). Diese Vorstellungen von Gesellschaft gehen auf Marx zurück und wurden von der Frankfurter Schule weitergedacht (Anhorn & Stehr, 2012, S. 59). Einerseits wird erst dank der Errichtung einer gesellschaftlichen Ordnung ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit möglich; andererseits sind es die Machtverhältnisse, welche mit einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung institutionalisiert werden, welche ebendieses Leben nach den eigenen Vorstellungen verunmöglicht (S. 59). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass ein Leben in Freiheit nur möglich ist, wenn die Machtverhältnisse überwunden sind (S. 59).

Den Befreiungstheorien werden nun ordnungstheoretische Modelle von Gesellschaft gegenübergestellt. Ordnungstheorien verwenden ebenfalls den Begriff der Befreiung, jedoch in einem grundlegend anderen Sinn. Während die Befreiungstheorie Befreiung als Überwindung von Machtverhältnissen begreift, sieht die Ordnungstheorie in der Errichtung von Machtverhältnissen selbst die Befreiung (S. 59). Ordnungstheorien gehen auf das Gesellschaftsverständnis von Hobbes zurück, welches die Vergesellschaftung als Gesellschaftsvertrag beschreibt, welche die Menschen aus einem unsicheren und gefährlichen Naturzustand befreit (S. 59). Ordnungstheorien begreifen Gesellschaft daher als "ein übergeordnetes, alle Einzelinteressen übersteigendes ... Ganzes" (Anhorn & Stehr, S. 60). Interessenskonflikte werden als Angriffe auf die bestehende Ordnung gewertet, die präventiv vermieden oder – wenn das nicht möglich ist – verboten oder mit Gewalt im Sinne der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung "gelöst" werden (S. 60).

Neben der Unterscheidung zwischen befreiungs- und ordnungstheoretischen Modellen von Gesellschaft kann auf einer weiteren Dimension zwischen konflikt- und konsenstheoretischen Modellen von Gesellschaft unterschieden werden. Auf dieser Dimension geht es um die Frage, ob Gesellschaftstheorien Kämpfe für soziale Gleichheit und die Anerkennung von Differenzen nach Fraser als Folge von Machtverhältnissen oder als Krise ebendieser erklären lassen.

An erster Stelle wird nun ein Gesellschaftsverständnis aus konflikttheoretischer Sicht dargestellt. Die folgenden Abschnitte beziehen sich wiederum auf die diesbezüglichen Erläuterungen von Roland Anhorn und Johannes Stehr (2012). Konflikttheoretische Ansätze beschreiben moderne Gesellschaften als konflikthaft, da gesellschaftliche Ressourcen ungleich verteilt und daher der Zugang zu diesen umkämpft ist (S. 59). Wie die Befreiungstheorien können Konflikttheorien Marx und der Kritischen Theorie zugeordnet werden (Anhorn & Stehr, 2012, S. 59). Der Vergesellschaftungsprozess zeigt sich in einer Reihe von Interessenskonflikten, welche jeweils zugunsten einer dominanten Konfliktpartei aufgelöst werden und schliesslich eine dominante soziale Ordnung herausbilden (S. 59). Konflikte sind nicht nur Ursache, sondern auch Konsequenz pluraler Gesellschaften, welche von "Widersprüchen

und Uneindeutigkeiten von Werten und Normen und ungleich verteilte Ressourcen gekennzeichnet sind (S. 60).

Die konflikttheoretischen Modelle werden nun von konsenstheoretischen Gesellschaftsmodellen abgegrenzt. Konsenstheoretisches Denken geht unter anderem auf Émile Durkheim und dessen funktionalistisches Gesellschaftsverständnis zurück (S. 59–60). Gesellschaft und deren ausdifferenzierte Institutionen werden mit einem Körper verglichen, in welchem jedes Organ zum "gesunden" Funktionieren des Körpers beiträgt (S. 60). Die Frage stellt sich aus dieser Perspektive, "wie sich Individuen in den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft integrieren (lassen)" würden und dabei zum Funktionieren einer leistungsfähigen Gesellschaft beitragen könnten (S. 60). Der konsenstheoretische Integrationsdiskurs wird in der Arbeit im Kapitel 3.2.2 "Abgrenzung zum Integrationsdiskurs" erneut aufgegriffen.

Der Hauptunterschied zu konflikttheoretischen Perspektiven liegt darin, wie Interessenskonflikte erklärt werden. Aus einer konflikttheoretischen Perspektive werden Interessenskonflikte sowohl als Ursache wie auch Konsequenz von Machtverhältnissen gedeutet (Anhorn & Stehr, 2012, S. 59–60). Konsenstheoretische Modelle gehen davon aus, dass die Gesellschaft von einem geteilten, homogenen "Werte- und Normen-Konsens" zusammengehalten wird (S. 60). Aus einer konsenstheoretischen Sicht werden Interessenskonflikte daher als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit als desintegrativ wahrgenommen (S. 61).

Wenn Ordnungs- und Konsenstheorien zusammengedacht werden, entsteht ein Bild einer repressiven, reaktionären Gesellschaft.

Aus sozialen Kämpfen um den Zugang und die Aneignung von gesellschaftlichen Ressourcen werden pathologische 'Fälle', werden Normabweichungen und Störungen eines natürlichen Gleichgewichts der 'guten' Ordnung, die es einzuhegen, zu neutralisieren, zu bekämpfen und zukünftig (präventiv) zu verhindern gilt (Anhorn & Stehr, 2012, S. 60).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Ordnungs- und Konsenstheorien Gesellschaft als integriertes Ganzes verstehen, welches durch einen homoge-

nen Werte- und Normenkonsens vor einem Rückfall in den Hobbes'schen Naturzustand geschützt werden muss.

Befreiungs- und Konflikttheorien hingegen verstehen Gesellschaften als einen Zusammenhang widersprüchlicher und konflikthafter Machtverhältnisse, welche kritisiert und verringert werden müssen, um Menschen aus der Unterdrückung durch dominante Machtstrukturen zu befreien und damit die menschliche Selbstbestimmung und Freiheit zu verwirklichen.

Die Anerkennungstheorie nach Fraser (2003) kann den konflikt- und befreiungstheoretischen Gesellschaftstheorien zugeordnet werden, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Mit dem "perspektivischen Dualismus" konnte im Kapitel 2.2.2 aufgezeigt werden, dass Konflikte um die Verteilung materieller Ressourcen wie auch Konflikte um die Anerkennung von Differenzen ihren Ursprung sowohl in der sozialen Ungleichheit wie auch der mangelnden Anerkennung haben können (Fraser, 2003, S. 84). Die Anerkennungstheorie nach Fraser lässt sich damit in die Tradition der konflikttheoretischen Modelle von Gesellschaft einordnen, da sie Konflikte als Ausdruck von konkurrierenden, legitimen Interessen erklärt.

Im Kapitel 2.2.1 "Partizipatorische Parität" wurde beschrieben, dass die Anerkennungstheorie nach Fraser an eine Gerechtigkeitskonzeption angelehnt ist, welche auf Statushierarchien gegründete Machtverhältnisse als ungerechte Dominanzverhältnisse bezeichnet (S. 55). Die Anerkennungstheorie nach Fraser lässt sich damit in die Tradition der befreiungstheoretischen Modelle von Gesellschaft einordnen, da laut Fraser Befreiung erst über die Verringerung der Machtverhältnisse – mittels partizipatorischer Parität – herbeigeführt werden kann.

3 Macht auf der Interaktionsebene

Macht wurde im Kapitel 2.1 “Annäherungen an den Machtbegriff” als relationales Konstrukt definiert, welches durch die Praxis handelnder Akteur:innen reproduziert, aber auch verändert wird. Mit dem Begriff der Sozialen Ausschliessung nach Steinert werden in diesem Kapitel Machtverhältnisse analysiert (Kapitel 3.1). In einem zweiten Schritt wird Partizipation als Gegenbegriff zu sozialer Ausschliessung definiert (Kapitel 3.2).

3.1 Soziale Ausschliessung

In diesem Kapitel wird der Begriff der sozialen Ausschliessung nach Steinert definiert und mit der neoliberalen Regierungsform “Regieren durch Freiheit” historisch kontextualisiert. In einem zweiten Schritt wird der Begriff der sozialen Ausschliessung vom in der Sozialen Arbeit häufiger verwendeten Begriff der sozialen Probleme abgegrenzt.

Der Begriff der Ausschliessung nach Steinert (2003a) beschreibt einen graduellen Prozess der Verhinderung oder Verweigerung der Ressourcen, welche für die Partizipation⁴ in einer konkreten Gesellschaft vorausgesetzt werden (S. 198).

Soziale Ausschliessung bemisst sich daran, wie vollständig jemand an den gesellschaftlich hervorgebrachten Lebensformen und Lebensmöglichkeiten teilnehmen kann, wie sehr man an dem, was nach den Normen der Gesellschaft ‘allen zusteht’, tatsächlich partizipiert (Steinert, 2003a, S. 198).

Welches die nötigen Ressourcen zum “Betreiben unseres Lebens” in einer konkreten Gesellschaft sind, ist historisch kontingent und nur empirisch bestimmbar (Steinert, 2003a, S. 197). Steinert unterscheidet zwischen primären und sekundären Ressourcen. Primäre Ressourcen betreffen die Überlebenssicherung und unterscheiden sich durch ihre “Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit” qualitativ von sekundären Ressourcen, wie “Reichtum, Anse-

⁴ Steinert verwendet den Begriff der Teilhabe, Teilnahme und Partizipation synonym. In der Arbeit werden die Begriffe der Teilhabe und Partizipation ebenfalls synonym verwendet.

hen, Bildung, Macht“, welche wiederum die Voraussetzung dafür sind, über die Verteilung von primären Ressourcen mitbestimmen zu können (S. 198–199).

Wie anhand der unterschiedlichen Ressourcen nachvollziehbar wird, bezieht sich der Partizipationsbegriff nach Steinert nicht nur auf formelle Formen der demokratischen Mitbestimmung, sondern auch auf das Ausmass der Einflussmöglichkeiten, welche Menschen auf ihre persönliche Lebensführung haben (Steinert, 2003a, S. 198). Damit “zielt der Begriff zugleich auf die Kritik der ... Macht- und Herrschaftsstrukturen, wie auf die Alltagsfrage“ (Bareis, 2012, S. 301).

Steinert entwickelte den Begriff der sozialen Ausschliessung aus einem konflikt- und befreiungstheoretischen Gesellschaftsverständnis heraus.

Eine konflikttheoretische Perspektive auf Gesellschaft greift Steinert auf, indem er Ausschließung “als einen dynamischen Prozess und Konflikt [versteht], in dem der Zugang zu Ressourcen umkämpft ist und verändert werden kann” (Steinert, 2003a, S. 197). Bareis (2012) konkretisiert Steinerts Begriff der Partizipation als “Betreiben des eigenen Lebens“ mit weiteren Ebenen, welche bis zur “Artikulation von kollektivem Dissens“ (S. 301) reichen und damit eine konflikttheoretische Gesellschaftskonzeption explizit machen. Der Stellenwert von Dissens zur Bearbeitung von Ausschliessungsprozessen wird im Kapitel “3.2.2 Abgrenzung zum Integrationsbegriff“ aufgezeigt.

Aus einer befreiungstheoretischen Sicht widerspricht die neoliberale Regierungsform einem “Verständnis von Gesellschaft als Zusammenschluss Gleichberechtigter, die arbeitsteilig Wohlstand und eine gute Zukunft für alle schaffen“ grundlegend (Steinert, 2003a, S. 194). Steinert sieht in der sozialen Ausschliessung einen elementaren Widerspruch zu den Prinzipien von Menschenrechten und Demokratie, auf welchen moderne Rechtsstaaten gegründet wurden (Steinert, 2016 [2008], S. 207).

Indem der so gerahmte Begriff der sozialen Ausschliessung auf einen korrespondierenden Mangel an sozialer Teilhabe verweist, wird soziale Ausschliessung zu einem Indikator der Demokratisierung von Gesellschaften (Steinert, 2003b, S. 227). Analysen sozialer Ausschliessungsprozessen werfen die Frage auf, warum in modernen Gesellschaften die für die gesellschaftliche Teilhabe

notwendige soziale Infrastruktur nicht für alle Menschen bereitgestellt wird oder der Zugang zu für die Partizipation vorausgesetzten Ressourcen verhindern (Bareis, 2012, S. 301). Diese Frage hat im Zuge der geschichtlichen Entwicklung hin zu neoliberal gesteuerten Ökonomien und Staaten für die Soziologie (Steinert, 2003b) und die Soziale Arbeit (Anhorn & Stehr, 2012; Anhorn, 2021) eine neue Relevanz erhalten.

3.1.1 Neoliberales Paradigma

Gemäss dem neoliberalen Paradigma der Ökonomisierung werden Prozesse sozialer Ausschliessung nicht mehr nur in Kauf genommen, sondern gezielt hergestellt (Steinert, 2016 [2008], S. 206). Die Funktion der Politik liegt darin, dass sie Ausschliessung durch die Rede von Krisen und die Konstruktion von personalisierten Feindbildern wie “Sozialschmarotzer’ und gierige Manager, Arme und Kriminelle, ... Fremde, ... Terroristen” legitimiert (Steinert, 2016 [2008], S. 206–207).

Die Gouvernamentalitätstheorie liefert wichtige Erkenntnisse dazu, wie der Neoliberalismus soziale Ausschliessung diskursiv und strukturell hervorbringt. Die folgenden Ausführungen sind Bareis (2012) entnommen. Aus einer Gouvernamentalitätsperspektive lässt sich die neoliberale Regierungsform als “Regieren durch Freiheit” beschreiben (S. 196). Mit dem neoliberalen Paradigma verschiebt sich die Verantwortung für das persönliche, aber auch das gesellschaftliche Wohlergehen vom Staat zu den individuellen Bürger:innen (S. 196). Die Rolle des Staates besteht nunmehr in der “Aktivierung” der Eigenverantwortung der Bürger:innen (S. 196). Gemäss Bareis sind die Folgen der neoliberalen Regierungsweise sowie der Ökonomisierung des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens eine zunehmende gesellschaftliche Hierarchisierung und soziale “Spaltung” sowie eine Verschärfung der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen (S. 197). Während die Selbstbestimmung von statushöheren Menschen zunimmt, lässt sich ein “Versorgungs- und Entscheidungsdefizit” von statusniedrigeren Menschen feststellen (Bareis, 2012, S. 197).

Das neoliberale Paradigma der Eigenverantwortung legt den Schluss der Selbstverschuldung sozialer Problemlagen nahe (Steinert, 2003b, S. 227). Inwiefern eine solche Individualisierung *schwieriger Situationen* mit dem

Begriff der sozialen Ausschliessung vermieden werden kann, wird durch die Abgrenzung vom Soziale-Probleme-Diskurs deutlich.

3.1.2 Abgrenzung zum Soziale-Probleme-Diskurs

Steinert (2003b) plädierte dafür, den Begriff der sozialen Probleme durch die Analysekategorie der sozialen Ausschliessung zu ersetzen, um die Prozesshaftigkeit hervorzuheben und damit eine Personifizierung von sozialer Ungleichheit zu vermeiden (S. 227).

Die Prozesshaftigkeit der sozialen Ausschliessung lässt sich daran erkennen, dass diese unterschiedliche, veränderbare Grade an Partizipation beschreibt (Steinert, 2003a, S. 197). Im Unterschied dazu verweist der Begriff der sozialen Probleme auf einen "dichotomen" Zustand, welcher dem Bild einer homogenen, normalen Mehrheit (Drinnen) und von dieser Mehrheit abweichender Minderheiten (Draussen) entspricht (Steinert, 2003a, S. 197). Im Kapitel 4.1 "Ausschliessungspraktiken" wird die Prozesshaftigkeit von sozialer Ausschliessung am Beispiel institutioneller Abkühlungsstrategien illustriert und auf den Kontext der Sozialen Arbeit bezogen.

Erinnernd an die Anerkennungstheorie nach Fraser (vgl. Kapitel 2.2) kann gesagt werden, dass soziale Ausschliessung grundsätzlich alle Menschen betreffen kann, wobei das Zusammenspiel kultureller und ökonomischer Wertesysteme unterschiedliche Dimensionen sozialer Ausschliessung hervorbringen kann (Fraser, 2003, S. 47). Es kann also sein, dass eine Person zwar einen existenzsichernden Lebensunterhalt verdient und somit in Bezug auf die primären Ressourcen keine Ausschliessung erfährt, aber aufgrund des ausländerechtlichen Status in ihrer Niederlassungsfreiheit eingeschränkt und von politischen Teilhaberechten ausgeschlossen wird.

Der Soziale-Probleme-Diskurs bezieht sich in der Soziologie üblicherweise auf konkrete Personengruppen und verleitet dazu, diesen Personengruppen defizitäre Eigenschaften zuzuschreiben, womit die Erklärung, dass die Betroffenen für ihre Probleme selbst verantwortlich sind, naheliegt (Steinert, 2003b, S. 227). Aus dieser Sicht sind es "bestimmte Leute ..., die Probleme (und hier besonders übel kumulierte Probleme) haben und machen und daher ausgeschlossen werden (oder sich gar selbst ausschließen)" (Steinert, 2003b, S. 227). Mit Bezug auf die gesellschaftstheoretische Verortung (vgl. Kapi-

tel 2.2.1) lässt sich der Soziale-Probleme-Diskurs den ordnungstheoretischen Modellen von Gesellschaft zuordnen. Soziale Probleme verweisen aus diesem Dispositiv auf Abweichungen von gesellschaftlichen Werten und Normen, welche das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Ordnung bedrohen.

Steinert setzt dieser Vorstellung den Begriff der sozialen Ausschliessung gegenüber, welcher sich nicht auf Personen, sondern auf Strukturen bezieht (Steinert, 2003a, S. 197). Der Grund für *schwierige Situationen* liegt nicht bei sozialen Problemen, sondern in der "hierarchischen Strukturierung des Zugangs zu Ressourcen" (Bareis, 2012, S. 300).

In Anlehnung an Steinert übertragen Anhorn und Stehr (2012) die Kritik am Sozialen-Probleme-Diskurs auf die Theorien Sozialer Arbeit, welche soziale Problemlagen als Anpassungsschwierigkeiten psychologisieren und individualisieren (S. 65) sowie letztlich die Betroffenen für ihre Problemlage verantwortlich machen (S. 66). Mit dem Begriff der sozialen Ausschliessung können für die Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit relevante soziale Phänomene "dauerhafter Massenarbeitslosigkeit oder neuer bzw. neu sichtbar gemachter Armut oder ... Ausschliessungsverhältnisse in der Ordnung der Geschlechter und der sexuellen Orientierung oder der 'Behinderung' oder der ethnisch-kulturell begründeten, rassistischen Stratifizierung der Gesellschaft, usw." analysiert werden (Anhorn, 2021, S. 168).

Nachdem der Analysebegriff der sozialen Ausschliessung definiert wurde, richtet sich der Fokus des nächsten Unterkapitels auf die Partizipation als Gegenbegriff.

3.2 Partizipation

Partizipation wird in einem demokratiethoretischen Verständnis gleichgesetzt mit der Teilhabe an "kollektiv bindenden Entscheidungsprozessen" (Wagner, 2012, S. 44).

Grundlegend für ein machtkritisches Partizipationsverständnis ist die Erkenntnis, dass der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen die Voraussetzung für demokratisch verbürgte Teilhaberechte ist (Wagner, 2012, S. 44). Steinert ist der Ansicht, dass Menschen nicht passive "Opfer der Verhältnisse" sind, sondern Ausschliessungsprozesse durch ihr Handeln reproduzieren, aber auch

verändern (Steinert, 2003a, S. 197). Von sozialer Ausschliessung betroffene Menschen sind bestrebt, "sich als normal und dazugehörig darzustellen, für sich selbst Normalität herzustellen, bzw. einzuklagen" (Anhorn & Stehr, S. 69).

Partizipation umfasst in diesem Zusammenhang alle Handlungen, welche darauf zielen, trotz vielfältiger Betroffenheiten von sozialen Ausschliessungsmechanismen einen eigenen Lebensentwurf zu verfolgen (Bareis, 2012, S. 291). Auch Störungen, Nichtnutzung oder Konflikte können als partizipative Praktiken gedeutet werden (Müller & Munsch, 2021, S. 19). Nicht nur, ob partizipative Praktiken erfolgreich sind, sondern, ob diese als solche anerkannt werden, hängt von im jeweiligen Kontext geltenden Wertemustern ab (Müller & Munsch, 2021, S. 33).

Den Strategien, mit welchen Menschen Ausschliessungsprozesse bearbeiten, widmet sich die Akteur:innenforschung.

3.2.1 Arbeit an Partizipation

Aus der Akteur:innenperspektive kann aufgezeigt werden, inwiefern sich Menschen an ausschliessende Prozesse anpassen, aber auch wie sie "mit Normen und Ressourcen so [hantieren], wie es ihren Interessen und Fähigkeiten" entspricht (Steinert, 2003a, S. 197).

Akteur:innenperspektive wird hier synonym verwendet mit dem Begriff der Subjektperspektive. Die Handlungstheorie des Interaktionismus begreift Menschen als Akteur:innen, welche "in Interaktion kollektive Handlungen hervorbringen" (Bareis, 2012, S. 298–299). Grundlegend ist die Annahme, dass Handlungen und Diskurse vom gesellschaftlichen Kontext gerahmt werden: "Menschen handeln im Rahmen von gesellschaftlichen Anforderungen und im Rahmen des sprechbaren Raums" (Bareis, 2012, S. 298). Der Interaktionismus untersucht aus einer Subjektperspektive "Handlungsstrategien" in konkreten Situationen, um zu erklären, welche Handlungsoptionen Menschen gegeneinander abwägen und wie sie sich schliesslich für eine Aktion entschliessen" (Bareis, 2012, S. 302). Mit der Einnahme der Subjektperspektive richtet sich der Blick auf "die tätigen Subjekte und deren Umgang mit Strukturen, ökonomischen Herausforderungen und politischen Herausforderungen" (Bargetz, 2016, S. 203). Alltägliche Praxis wird in Anlehnung an Lefebvre beschrieben als "situiertes Handeln", welches "Machtverhältnisse und kollektive Sinnstruk-

turen“ sowohl reproduzieren als auch verändern kann (Bargetz, 2016, S. 203–204). Dabei werden die geteilten Deutungsmuster und die institutionellen Verhältnisse nicht unbeteiligt wiederholt, sondern haben durch das “Hervorbringen von Bindungen und Zugehörigkeiten” oder als “Grenzen und Ausschlüsse” immer auch eine affektive Komponente (Bargetz, 2016, S. 204).

Alltag kann grundsätzlich nicht umfassend beschrieben oder abgebildet werden (Bargetz, 2016, S. 206). Damit ist die Beschreibung oder Reflexion alltäglicher Praxis immer eine unvollständige Momentaufnahme gesellschaftlicher Verhältnisse (Bargetz, 2016, S. 206). Die gesellschaftskritische Analyse des Alltags richtet sich auf die Frage, “welche alltäglichen Umgangs- und Adaptationsformen sich hier zeigen, welche politisch nahegelegt, welche aufgegriffen, welche aber auch wie umgedeutet werden” (Bargetz, 2016, S. 203).

Die interaktionistische Forschungsperspektive fragt im Gegensatz zur Gouvernementalitätstheorie (vgl. Kapitel 3.1.1 “Neoliberale Steuerung” nicht danach, warum es zu sozialen Ausschliessungsprozessen kommt, sondern, wie Menschen soziale Ausschliessungsprozesse bearbeiten. Mit der interaktionistischen Handlungstheorie gelingt es, Handlungsmotive zu rekonstruieren und mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu kontextualisieren (Bareis, 2012, S. 301). Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf Bareis (2012). Aus einer interaktionistischen Perspektive gelangen Interaktionen auf unterschiedlichen Ebenen in den Blick. Diese reichen von einem gelingenderen Alltag im Sinn der Lebensweltorientierung, über die Aktivierung sozialer Netzwerke, die Beteiligung an politischen Aushandlungsprozessen, bis hin zum Zugang zu gesellschaftlicher Infrastruktur und schliesst die Kollektivierung, um gegen die bestehenden Machtverhältnisse zu protestieren, mit ein (S. 301).

Mit dem Streben nach Partizipation im Kontext ungerechter, ausschliessender gesellschaftlicher Verhältnisse “tariieren [Menschen] diese Anforderungen im Alltag aus und sie gehen in ihrem Handeln und Sprechen manchmal an die gesellschaftlichen (nicht individuellen/psychologischen) Grenzen” (S. 298). Bareis konnte in ihren rekonstruktiven Studien zeigen, dass in *schwierigen Situationen* die Nutzung eines Angebots der sozialen Infrastruktur mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist (S. 302). Diesen Aufwand beschreibt Bareis als “Nutzbarmachung” (S. 302) und richtet damit das Erkenntnisinter-

esse auf das Verhältnis “zwischen der Weise, wie institutionell Ressourcen zur Verfügung gestellt werden bzw. der Zugang zu ihnen blockiert wird, und der Weise, wie Leute im Alltag schwierige Situationen bearbeiten” (S. 304).

Die Erkenntnis, dass der individuelle oder auch kollektive Partizipationsgrad in modernen Gesellschaften nur über eine aufwändige Ressourcenerschließung verbessert werden kann, führt zum Begriff der “Partizipationsarbeit” (S. 312). Das Wort der Partizipationsarbeit verweist auf den Begriff der Reproduktionsarbeit (S. 312), mit welchem eine nichtbezahlte und in einem ökonomischen Sinn nicht direkt profitable, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit bezeichnet wird.

3.2.2 Abgrenzung zum Integrationsdiskurs

Aus der Sicht von sozialen Gruppen, welche nicht als Teil der Gesellschaft anerkannt sind, liegt die einzige Möglichkeit zu Teilhabe in der “Infragestellung” der sie ausschliessenden Werte und Normen und damit im “Dissens” (Bareis, 2012, S. 294). Der Integrationsdiskurs spielt “in der Stilllegung des Dissens und im Unsichtbar-werden von gesellschaftlichen Asymmetrien und Machtverhältnissen” eine zentrale Rolle für soziale Ausschließung (Bareis, 2012, S. 195). Steinert (2003a) grenzt Partizipation klar von Integration ab mit dem Verweis auf die “Zwangsbeziehung” von Integration (S. 189). Ein Konsens, welcher die soziale Ausschließung von Personengruppen ohne Teilhaberechte als “Lösung” eines Ordnungsproblems präsentiert, erscheint aus dieser Perspektive als Gegenteil von Demokratie (Bareis, 2012, S. 194).

Der Integrationsdiskurs lässt sich im konsens- und ordnungstheoretischen Gesellschaftsverständnis (vgl. Kapitel 2.2.1) verorten. Soziale Spaltungen werden in diesem Diskurs als Folgen des Verlusts eines gemeinsamen Werte- und Normen-Konsenses beschrieben. Damit wird ein Bild einer Gesellschaft mit einer “integrierten Mehrheit” und einer “ausgeschlossenen Minderheit” gezeichnet (Anhorn & Stehr, 2012, S. 61). Die ausgeschlossene Minderheit wird als Bedrohung für die homogene Ordnung der Mehrheit wahrgenommen und mit dem Bild einer “neuen Unterschicht” benannt (S. 62), welcher “Anpassungsprobleme” an den gesellschaftlichen Werte- und Normenkonsens zugeschrieben werden (S. 63). Damit läuft der Integrationsdiskurs, analog zum Soziale-Probleme-Diskurs (vgl. Kapitel 3.1.2), schliesslich auf die Individuali-

sierung und Psychologisierung von strukturell verursachten *schwierigen Situationen* hinaus (Anhorn & Stehr, 2012, S. 63).

Die Anerkennungstheorie nach Fraser (2003; vgl. Kapitel 2.2) versteht Interessenskonflikte als Artikulation mangelnder Anerkennung und/oder fehlender materieller Ressourcen (S. 13). Integration würde bedeuten, Konflikte einseitig zugunsten der stärkeren Partei aufzulösen und damit die Anpassung derjenigen, die Dissens artikulieren, zu erzwingen. Fraser hingegen plädiert dafür, die Machtverhältnisse zu transformieren, so dass die Forderungen der Gruppe, welche Dissens artikuliert, im Sinne der partizipatorischen Parität, als gleichberechtigt anerkannt werden (Fraser, 2003, S. 55).

Nachdem in diesem Kapitel erörtert wurde, wie Teilhabe im Kontext ausschliessender Machtstrukturen von Menschen in konkreten Situationen erarbeitet wird, beschäftigt sich das nächste Kapitel mit der Frage, inwiefern Professionelle Sozialer Arbeit ihr Handeln machtkritisch gestalten können.

4 Machtkritische professionelle Praxis

Nachdem im vorherigen Kapitel der Begriff der sozialen Ausschließung eingeführt wurde, um Machtdynamiken auf der Ebene der Interaktion zu analysieren, interessiert in diesem Kapitel, wie Professionelle Sozialer Arbeit soziale Ausschließungspraktiken kritisieren (Kapitel 4.1) und aus einer Akteur:innenperspektive deren Partizipationsmöglichkeiten erweitern können (Kapitel 4.2).

4.1 Ausschließungspraktiken

In diesem Kapitel wird nach der Rolle Professioneller der Sozialen Arbeit gefragt in Bezug auf die Verhinderung des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen (Wagner, 2012, S. 46). Dabei wird die Frage aufgeworfen, inwiefern ungerechte Machtverhältnisse durch die Soziale Arbeit reproduziert und damit aufrechterhalten werden (Anhorn & Stehr, 2012, S. 72).

Interventionen der Sozialen Arbeit dienen aus der Optik des Sozialen-Probleme-Diskurses zur Wiederherstellung einer (ausschließenden) Ordnung und zur Wiederherstellung des gesellschaftlichen (ausschließenden) Wertekonenses (Anhorn, 2021, S. 171). Wie im Kapitel 3.2.2 aufgezeigt wurde, kann der Begriff der sozialen Ausschließung vom Soziale-Probleme-Diskurs abgegrenzt werden und damit individualisierenden Problemzuschreibungen eine Erklärung in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen entgegensetzen. Die Kontextualisierung individuellen Handelns sowie gesellschaftlicher Konflikte mit deren gesellschaftlichen, institutionellen und situativen Rahmenbedingungen dienen der Bewusstmachung von institutionell wirksamen Machtstrukturen (Anhorn & Stehr, 2012, S. 72–73).

Dabei gilt es, die Rolle der Sozialen Arbeit ebenfalls kritisch zu betrachten. Erst wenn das Handeln Professioneller Sozialer Arbeit selbst mit dem Analysebegriff der sozialen Ausschließung kritisch betrachtet wird, können “die Verstrickungen der Sozialen Arbeit in die (Eigen-)Produktion, Reproduktion und praktische Anwendung von Ausschließungswissen und Ausschließungspraktiken” aufgezeigt werden (Anhorn, 2021, S. 169).

Um das Phänomen sozialer Ausschließung zu erforschen, wird eine Analyse auf zwei Ebenen benötigt. Erstens erfolgt die Analyse auf der Ebene von

Strukturen, welche soziale Ausschliessung in der konkreten Situation verursachen und befördern (Anhorn & Stehr, 2012, S. 69). Auf der zweiten Ebene werden die Folgen für die Betroffenen aus einer Akteur:innenperspektive beschrieben (Anhorn & Stehr, 2012, S. 69).

Die beiden Analyseebenen von soziale Ausschliessung bedingenden Strukturen werden nun erläutert. Die Akteur:innenperspektive wird daran anschliessend im nächsten Unterkapitel 4.2 "Akteur:innenperspektive" vertieft diskutiert.

Die Analyse von institutionellen Rahmenbedingungen, welche das Handeln der Sozialarbeiter:innen beschränken, ist deshalb von grundlegender Bedeutung (Nadai, 2012, S. 151). Mit der Dekonstruktion von handlungsleitenden Prämissen in der Arbeit von Sozialarbeiter:innen werden die darin institutionalisierten politischen, gesellschaftlichen und organisationalen Diskurse offengelegt (Nadai, 2012, S. 151). Eine solche Dekonstruktion von professionellen Praktiken öffnet die Möglichkeit zur Kritik ausschliessender Strukturen und damit der vorgelagerten gesellschaftlichen und politischen Diskurse, welche Praktiken sozialer Ausschliessung in diesen konkreten Strukturen legitimieren (Nadai, 2012, S. 151).

Empirische Studien haben soziale Ausschliessung mit dem Konzept des *Cooling Out* (deutsch: "Abkühlungsstrategien", vgl. Anhorn & Stehr, 2012, S. 70) operationalisiert, um Ausschliessungspraktiken Professioneller der Sozialen Arbeit zu erforschen. Nadai (2012) untersuchte Auskühlungsstrategien in der Fallarbeit im Arbeitsfeld der Arbeitsintegration. Eine Haupteckenerkenntnis ihrer Untersuchung war, dass eine gemäss den Theorien der Sozialen Arbeit durchaus "gute" professionelle Praxis hinsichtlich ihrer Folgen für die Nutzer:innen "gegenläufige Wirkungen erzeugt und soziale Ausschliessungsprozesse befördert" (S. 160–161). Die folgenden Paraphrasen und Zitate sind Nadai (2012) entliehen.

Mit dem Konzept des *Cooling Out* kann die widersprüchliche Rolle von Sozialarbeiter:innen zwischen Orientierung an den Wünschen und Interessen der Nutzer:innen einerseits – und der Anwendung selektiver Kriterien andererseits – herausgearbeitet werden (2012, S. 155). Im Fallverlauf wurde ersichtlich, dass der Berater die Nutzer:in zwar nach deren Vorstellungen und Wünschen

fragte, ihr aber im Verlauf des Beratungsprozesses immer tiefer qualifizierte und schlechter bezahlte Arbeitsmöglichkeiten unterbreitete (S. 155). Die graduelle Verringerung von Handlungsoptionen korrespondiert mit den Zuschreibungen der persönlichen Eigenschaften, welche im Prozessverlauf immer defizitärer anmuten: Am Anfang der Massnahme wurde die Klient:in “als ‘selbstbewusste Frau’ mit ‘Durchhaltewillen’ und als ‘hoch motiviert, sich auszubilden’” beschrieben (S. 155). Der Auskühlungsprozess, welcher einsetzt, als klar wird, dass die Klient:in aufgrund von Rückenschmerzen keine Ausbildung antreten kann, spiegelt sich in den Aktennotizen wider, welche die Klient:in “zunehmend als ‘sensibel’ und ‘schnell überfordert’ beschreiben, als Person, die ‘an ihre Grenzen stößt’, ‘somatisiert’ und ein ‘ver-rücktes Selbstbild’ hat, bei dem ‘Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen’” (S. 155–156). Mit dem Prozess der “institutionellen Abkühlung” wird die Verantwortung für den Ausschluss den Betroffenen “als Ergebnis selbst zu verantwortender Handlungen und (Fehl-)Entscheidungen” zugeschrieben (Anhorn & Stehr, 2012, S. 70). Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, wie schwierig es für Betroffene sozialer Ausschliessung ist, die strukturellen Bedingungen zu benennen und diese nicht als persönliches Scheitern (Nadai, 2012, S. 156) zu interpretieren und damit das im Prozess des *Cooling Out* vermittelte Bild des Selbstausschlusses zu bestätigen (Anhorn & Stehr, 2012, S. 70).

Die Analyse von sozialarbeiterischer Praxis mit dem Konzept der sozialen Ausschliessung bringt insofern einen theoretischen Erkenntnisgewinn, als dass professionelles Handeln hinsichtlich der Folgen für die Nutzer:innen neu beurteilt wird und gleichzeitig die institutionellen Begrenzungen professionellen Handelns transparent gemacht werden. Damit verändert sich auch das Verständnis von Nutzer:innen Sozialer Arbeit. Indem Nutzer:innen als Akteur:innen verstanden werden, gerät deren Bewältigungshandeln in Situationen sozialer Ausschliessung in den Blick.

Inwiefern eine machtkritische professionelle Praxis die Akteur:innenperspektive stärken kann, ist Thema des nächsten Unterkapitels.

4.2 Akteur:innenperspektive

Die Rolle der Sozialen Arbeit besteht aus einer konflikt- und befreiungstheoretischen Sicht darin, die Konfliktpartei der Nutzer:innen Sozialer Arbeit im Kampf um den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu unterstützen (Wagner, 2012, S. 47).

Partizipation umfasst alle Praktiken, “mittels derer Menschen versuchen, Situationen sozialer Ausschliessung zu bearbeiten, Teilhabe für sich zu organisieren” (Wagner, 2012, S. 49). Die Frage stellt sich für Professionelle der Sozialen Arbeit, wie es ihnen gelingen kann, Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen zu schaffen, so dass die Adressat:innen Sozialer Arbeit Situationen sozialer Ausschliessung überwinden können (Wagner, 2012, S. 49).

Wenn Professionelle der Sozialen Arbeit Raum für Kritik von Hierarchien, sozialer Ungleichheit und abwertenden Zuschreibungen öffnen (Munsch, 2017, S. 165–166; Anhorn & Stehr, 2012, S. 72), stellen sie dem institutionell verankerten Normalisierungsauftrag eine in der Profession begründete Forderung nach Bereitstellung von gesellschaftlichen Ressourcen sowie Anerkennung als gleichberechtigte Bürger:innen gegenüber. Das Bewusstsein für die eigene Involviertheit in gesellschaftliche Hierarchien leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Machtverhältnisse zugunsten einer Bedürfnisinterpretation durch die Betroffenen selbst auszugleichen (vgl. Kapitel 2.2 “Anerkennungstheorie”).

Erst indem Professionelle der Sozialen Arbeit ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, welche Themen für die Nutzer:innen persönlich relevant sind und an welchen Vorstellungen eines “guten Lebens” diese ihr Handeln orientieren, können sie Partizipationspraktiken auf die Spur kommen. In Bezug auf Professionelle Sozialer Arbeit gilt es gemäss einem erweiterten Partizipationsverständnis, die Aufmerksamkeit auf bisher nicht als Partizipation wahrgenommene Praktiken alltäglicher Partizipation zu richten. Den Handelnden selbst sind ihre Handlungsmotive in vielen Fällen nicht bewusst und lassen sich erst im Nachhinein reflexiv erschliessen (Müller & Munsch, 2021, S. 23). Auf Partizipation bezogen bedeutet dies, dass erst die Reflexion darüber, “was ‘von Belang’ ist, worauf sich das Tun der Beteiligten bezieht“, Hinweise auf Partizipationsprozesse gibt (S. 23).

Die Erforschung der Akteur:innenperspektive führt zur Erkenntnis, dass von sozialen Ausschließungsprozessen betroffene Menschen über “Handlungsstrategien” verfügen, “Partizipation ... ‘von unten’” herzustellen (vgl. Kapitel 3.2.1 “Arbeit an Partizipation”). Übertragen auf eine machtkritische professionelle Praxis bedeutet diese Erkenntnis, dass sich diese “an den Partizipationsprozessen, der konkreten Reproduktionsarbeit und den Praktiken der Nutzbarmachung bzw. an der ‘Arbeit an der Partizipation’” ausrichtet (Bareis, 2012, S. 312).

Die Rolle einer machtkritischen professionellen Praxis liegt in der “Aufdeckung und Artikulation von Interessenkonflikten” (Anhorn & Steher, 2012, S. 69). Damit erlangen von sozialer Ausschließung Betroffene situativ den Subjektstatus als Akteur:innen, die “mit ihren Mitteln ihre Interessen – oftmals auf sehr verschlungenen Wegen – formulieren.” (Anhorn & Steher, 2012, S. 69)

Eine methodische Umsetzung, um Konflikte aufzudecken und Menschen den Subjektstatus in Bezug auf ihre Selbstvertretung zuzusprechen, bietet die Schaffung von “Räumen der Repräsentation” nach May (2017; 2022). Dieser methodische Ansatz wird im folgenden Unterkapitel vorgestellt.

4.2.1 Räume der Repräsentation

Wir leben in einer Gesellschaft, welche von sozialer Ungleichheit und Statushierarchien geprägt ist. Soziale Ausschließung verweist auf ebendiese un gerechten sozialen Ordnungen. Erst mit der Kritik an der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und dem Ziel, die darin institutionalisierten Machtverhältnisse zu verringern, stellt sich Soziale Arbeit als Ressource für Betroffene von sozialer Ausschließung heraus. Diese theoretische Rahmung verlangt nach einer angemessenen methodischen Umsetzung.

Die folgenden Paraphrasen beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf May (2022). Im fachlichen Diskurs wird für die geschilderten Probleme üblicherweise auf die Diskursethik nach Habermas verwiesen (1993; zitiert nach May, 2022, S. 196; vgl. auch Kapitel 2.2 “Anerkennungstheorie”). Aus der Sicht von May (2022) ist die Diskursethik jedoch nicht geeignet für die Verhandlung von Interessenskonflikten, welche ihre Ursache in gesellschaftlichen Machtverhältnissen haben (S. 196). Eine gleichberechtigte Vertretung der Parteien wird durch ebendiese Machtverhältnisse verunmöglicht, da die dominan-

ten Parteien geübt sind, ihre Interessen zu vertreten, während Angehörige von gesellschaftlichen Minderheiten nicht über den gesellschaftlichen Status für die institutionell vorgegebene Beteiligung verfügen und deshalb ihre Interessen nicht in den dominanten Gefässen repräsentieren können (S. 196). May verweist auf die gesellschaftliche Tatsache, dass die stellvertretende Repräsentation von Minderheiten diesen Minderheiten "ihre eigene Stimme" nimmt (S. 191). May setzt der Repräsentativdemokratie den Ansatz der "Sozialraumentwicklung" (2017; 2022) gegenüber und orientiert sich dabei konsequent am Erfahrungswissen und der Lebensrealität von Minderheiten. Wie dies methodisch umgesetzt werden kann, wird im Folgenden ausgeführt.

Zielgruppe sind Personen, welche von ähnlichen "Mangelkonstellationen" betroffen sind (May, 2022, S. 194). Der Begriff des Mangels hat den Vorteil, dass er Assoziationen zu Situationen weckt, welche von den Betroffenen auf einer affektiven Ebene als "Mangel" erlebt werden. Mit der weiterführenden Frage, woran es mangelt, gelingt es die Brücke zu schlagen zu einer möglichen anderen Zukunft, in der die Menschen ihre aktuell blockierten Fähigkeiten verwirklichen können (S. 193). Mit der Übersetzung von alltagssprachlich geäußerten Erfahrungen des "Mangels" in institutionalisierte Sprache politischer Forderungen eröffnet der Prozess der Sozialraumentwicklung Anknüpfungspunkte zur verwaltungszentrierten, expertokratischen Planung von Quartieren und Städten (S. 192). Indem Lebenserfahrungen des Mangels und Interessen in Bezug auf die Verwirklichung blockierter Fähigkeiten in einer institutionellen Sprache "kodiert" werden, gelingt die Selbstvertretung in einer politischen Arena der Bedürfnisinterpretation nach Fraser (S. 192; vgl. auch Kapitel 1.2.1 "Dialog als Machtausgleich").

May (2017) greift das Konzept der strategischen Hypothesen nach Lefebvre (1977; zitiert nach May, S. 159) auf, um den Prozess von Mangelerfahrungen hin zur politischen Selbstvertretung theoretisch zu rahmen. Das Konzept der strategischen Hypothesen setzt bei der Wahrnehmung von Ambivalenzen des Alltags an (S. 159; vgl. Auch Kapitel 4.2 "Akteur:innenperspektive"). In diesen Ambivalenzen wohnt gemäss Lefebvre bereits das Potential zu Veränderung inne. Dies bietet die Voraussetzung zur Formulierung von Hypothesen, welche sich auf veränderte, mögliche Zukünfte beziehen (S. 159–160). Die zu überprüfenden Hypothesen mitsamt ihren Varianten werden wiederum mit dem

Erfahrungswissen aus dem Alltag der Beteiligten abgeglichen, um in einem dialogischen Verfahren mögliche, über den Einzelfall hinausgehende, Ansprüche zu formulieren (S. 160). Ein mögliches Format für die Formulierung strategischer Hypothesen und deren Abgleich mit den Lebenserfahrungen und Interessen aus einer Akteur:innenperspektive ist gemäss May die Zukunftswerkstatt (S. 161). Allerdings soll die Zukunftswerkstatt mit dem Vorgehen der Kodierung/Dekodierung ergänzt werden für Menschen, welche *schwierige Situationen* zwar als "Mangel" erleben, ihre in der Situation blockierten Interessen jedoch nicht benennen können (S. 161).

In den folgenden Abschnitten wird das methodische Vorgehen der Kodierung/Dekodierung aufgegriffen, welches gemäss May eine Übersetzung alltagsweltlicher Mangelenerfahrungen in politische Ansprüche ermöglicht.

May stellt fest, dass Menschen ihre Erfahrungen von schwierigen Situationen oft als "diffuse Unzufriedenheiten" empfinden (S. 161). Die Betroffenen können ihre Unzufriedenheit oftmals nicht mit der strukturellen Ursache in Verbindung bringen und haben damit auch keine Vorstellung darüber, dass eine Lösung überhaupt möglich wäre. In Anlehnung an Freire (1975; zitiert nach May, 2022) beschreibt May das Vorgehen der Kodierung/Dekodierung als methodisch geeignetes Verfahren zwecks Übersetzungstätigkeit zwischen alltäglichem Erfahrungswissen und der Formulierung von Teilhabeansprüchen.

Mit der Methode der Kodierung/Dekodierung soll das Ziel verfolgt werden, dass "bei Betroffenen die Erkenntnis dämmert, dass so wie sie leben, ihre Möglichkeiten zu leben unerfüllt bleiben und sie eine Veränderbarkeit ... der Problemsituation zu antizipieren beginnen" (S. 162). Die Methode der Kodierung/Dekodierung stammt vom Konzept der Bewusstseinsbildung nach Paolo Freire⁵. Generative Themen aus der Alltagssprache der Beteiligten wird in Form von Bildern kodiert, um die darin impliziten Unterdrückungserfahrungen bewusst zu machen (Staub-Bernasconi, 2018, S. 343).

⁵ Die Freire'sche Methode der Bewusstseinsbildung wird in verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit eingesetzt. Umsetzungsbeispiele finden sich bei Staub-Bernasconi (2018, S. 345–352) und May & Alisch (2013, S. 53–57).

Zusammen mit den Betroffenen werden die als “Mangel” erlebten Alltagssituationen als Bilder oder Theaterszenen “kodiert” (May, 2022, S. 193). Dabei geht die Moderationsperson rekonstruktiv vor: Sie versucht die Erfahrungen nicht in bestehende Konzepte einzuordnen und damit zu abstrahieren, sondern interessiert sich für das je Spezifische der geschilderten konkreten Alltagserfahrungen (May, 2022, S. 196).

Die in Bildern oder in Theaterszenen kodierten Erfahrungen werden im Dialog hinsichtlich der “Fähigkeiten und Vermögen ..., die im Alltag ... eher blockiert werden” (May, 2017, S. 163) diskutiert und damit wieder auf das Erfahrungswissen der Teilnehmer:innen bezogen. Dieser Prozessschritt kann als Dekodieren bezeichnet werden.

An dieser Stelle des Prozesses entstehen unter den Beteiligten Verbindungen über die Erkenntnis, gleiche oder ähnliche Bedürfnisse zu teilen (May, 2022, S. 195). Dieser Prozess ist die Voraussetzung für die “Übersetzbarkeit der eigenen Ansprüche in die der anderen” (May, 2022, S. 195).

Einen besonderen Stellenwert hat während des ganzen Prozesses die Moderation. Stellt die Moderationsperson fest, dass gewisse Personen innerhalb der Gruppe trotz Nachfragen seitens der Moderation ihre Anliegen nicht äußern können, wird die Gruppe getrennt, um damit einen “exklusiven Prozess”, eine Art Schlaufe im dialogischen Verfahren, zu eröffnen (May, 2024, S. 196). Diese separaten Prozesse dienen der “Selbstvergewisserung” von Gruppen um danach wieder in den gemeinsamen Dialog einzusteigen (S. 195). Ein Beispiel für einen solchen Selbstvergewisserungsprozess kann der empirischen Studie von May & Alisch (2013) entnommen werden. In dem Projekt AMIQUUS ging es darum, ältere Migrant:innen nach deren Anliegen zu befragen und dabei selbstorganisierte Initiativen anzuregen. Die Moderator:innen stellten fest, dass Menschen ohne formellen Bildungsabschluss, in der Studie “Analphabeten” genannt, sich kaum getrauten am Austausch zu beteiligen (May & Alisch, 2013, S. 51). Die Moderator:innen entschieden sich dafür, einen exklusiven Prozess für diese Gruppe zu öffnen. Im Rahmen einer separaten Fokusgruppe wurden zusammen mit den Teilnehmer:innen alltägliche Aktivitäten herausgearbeitet, an welchen ihre Fähigkeiten ersichtlich wurden

und das Selbstvertrauen der Teilnehmer:innen stärkte, um ihre Stimme im gemeinsamen Prozess einzubringen:

Als dann aber in ihren Tagesberichten deutlich wurde, welche großen Leistungen sie z.B. in der Versorgung ihrer Familien, Verwandtschaft und jeweiligen Community durch den Anbau von Obst und Gemüse im eigenen Garten, das Ernten frei zugänglicher Früchte und Kräuter, das Reparieren oder Herstellen von Gebrauchsgütern etc. erbringen, wuchs auch ihr Stolz, sodass auch diese Fokusgruppe rasch wieder zusammengeführt werden konnte (May & Alisch, 2013, S. 51).

Die Notwendigkeit für die Schaffung von neuen Räumen der Repräsentation und das methodische Vorgehen nach der Methode des Kodierung/Dekodieren wird nun abschliessend zusammengefasst. Ausgehend von einem Alltagserleben werden strukturelle, ausschliessende Rahmenbedingungen identifiziert. In Räumen der Repräsentation können Erfahrungen und Bedürfnisse zur Sprache kommen, welche im dominanten politischen oder gesellschaftlichen Diskurs entweder kein Gehör finden oder zum Verstummen gebracht wurden. Die Methode des Kodierens von Alltagserfahrungen mittels Bilder oder szenischen Darstellungen eröffnet Vorstellungsräume möglicher anderer Zukünfte. Indem die Bilder und szenischen Darstellungen in einem dialogischen Prozess dekodiert werden, lassen sich die darin artikulierten Bedürfnisse verallgemeinern und als legitime Teilhabeansprüche formulieren. Mit diesem Prozess erhalten Menschen, welchen bisher keine Mitsprachemöglichkeit geboten wurde oder welche sich in den üblichen Repräsentationsräumen nicht formulieren konnten, eine Subjektposition im Sinne der Selbstvertretung ihrer Bedürfnisse (vgl. Kapitel 2.2 "Anerkennungstheorie").

Nachdem die Voraussetzungen für eine machtkritische professionelle Praxis erläutert wurden, geht es im nächsten Kapitel darum, diese anhand zweier empirischer Studien zu verdeutlichen und dabei die Wahrnehmung für das Spannungsfeld zwischen institutioneller Logik und Adressat:innenorientierung zu schulen. Im Kapitel 5.3 "Anstoss zu Partizipation" wird zudem die oben beschriebene Methode des Kodieren/Dekodieren anhand einer empirischen Studie veranschaulicht.

5 Ethnografie professioneller Praxis

5.1 Untersuchungsgegenstand

Als Untersuchungsgegenstand wurden zwei ethnografische Studien gewählt, welche partizipative Praxis hinsichtlich deren (nicht-intendierten) Folgen beforschen. Die beobachteten Sequenzen beziehen sich auf moderierte Gruppenprozesse, welche eine Mitwirkung der Teilnehmer:innen zum Ziel hatten. Die untersuchten Gruppen zeichnen sich durch eine Heterogenität in Bezug auf Statusunterschiede unter den Teilnehmer:innen aus (vgl. Kapitel 2.2.).

In der Studie von Stephanie Pigorsch (2021a) bezieht sich die Heterogenität der Gruppe auf die Teilnahme von Menschen mit einer sichtbaren Behinderung und Menschen ohne sichtbare Behinderung. In der Studie von Sandra Kückler (2018) bezieht sich die Heterogenität auf Mitarbeiter:innen und Leitungskräfte, welche in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen und zusätzlich auf die Statusunterscheidung zwischen Forscherin und Beforschten.

In Bezug auf die Fragestellung nach einer machtkritischen Moderation heterogener Gruppe bezieht sich die erste Studie auf die erste Unterfrage, wie Ausschliessungsprozesse vermieden werden können, und die zweite Studie auf die zweite Unterfrage, wie Partizipation ermöglicht werden kann.

Für die Herausarbeitung, inwiefern Professionelle der Sozialen Arbeit Prozesse in heterogenen Gruppen machtkritisch gestalten können, wird eine konstruktivistische Sicht auf Situationen eingenommen. Mit der Betrachtung von Situationen richtet sich der Blick auf "ausschliessende Effekte, die sich durch die spezifische Situiertheit von Praktiken ergeben" (Pigorsch, 2024, S. 185). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Statusunterschiede situativ auch aufgehoben werden können, indem die in dominanten Wertemustern verankerten Grenzziehungen in konkreten Situationen verschoben oder aufgehoben werden (S. 186).

Das empirische Material wurde aus der Forschungsperspektive der "Folgenforschung" (Munsch, 2024) gewählt, welche im Gegensatz zur Wirkungsforschung nicht Best-Practice- Beispiele, sondern "negativ bewertete sozialpädagogische Praxis oder ... Nichtnutzer*innen" zum Forschungsgegenstand

macht und damit die Ambivalenzen Sozialer Praxis im Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Dominanz herausarbeitet (S. 153). Die Folgenforschung möchte Antworten zur Frage liefern, inwiefern Praktiken Professioneller Sozialer Arbeit emanzipatorisch wirken oder Handlungsoptionen blockieren und dadurch gegenläufige Effekte zur Folge haben (Nadai, 2012, S. 160–161)

Beide Studien arbeiten mit der ethnografischen Methode. Mit der Ethnografie können die “Prozesshaftigkeit und Dynamiken” von professioneller Praxis gezeigt werden, während in der Wirkungsforschung typischerweise Ergebnisse im Vordergrund stehen (Müller & Munsch, 2021, S. 37). Die Wirkungsforschung analysiert professionelle Praxis anhand vorgegebener Indikatoren und schliesst mit einer Bewertung der erreichten Ziele aus Sicht der Institution ab (Munsch, 2021, S. 37). Eine ethnografische Forschung geht im Gegensatz zur Evaluation nicht normativ, sondern deskriptiv vor (Munsch, 2021, S. 37). Dabei versucht sie das “komplexe situative Zusammenspiel von Akteur_innen, Gegenständen und Diskursen” möglichst facettenreich und unvoreingenommen zu beschreiben (Müller & Munsch, 2021, S. 40).

5.1.1 Operationalisierung

Für die Sekundäranalyse wird die Forschungsfrage operationalisiert.

Das Erkenntnisinteresse, inwiefern eine machtkritische Moderation heterogener Gruppen gelingen kann, wird entlang der Unterscheidung von sozialer Ausschliessung in Abgrenzung zur Partizipation konkretisiert. Diese Unterscheidung bezieht sich auf die im Kapitel 3 “Macht auf der Interaktionsebene” eingeführten analytischen Konzepte.

Die Operationalisierung der Forschungsfrage ist in der Tabelle 2 ersichtlich.

Tabelle 2: Operationalisierung der Forschungsfrage

Theoretisches Konstrukt 2. Ordnung	Theoretische Konstrukte 1. Ordnung	Indikatoren
Machtkritische Moderation von heterogenen Gruppen	Soziale Ausschliessung	Konsensorientierung
		Integration
	Partizipation	Konfliktorientierung
		Akteur:innenperspektive

Eigene Darstellung in Anlehnung an Steinert (2003a; 2003b)

Das theoretische Konstrukt erster Ordnung "soziale Ausschliessung" wird mit den Indikatoren "Konsensorientierung" und "Integration" operationalisiert.

- Der Indikator "Konsensorientierung" bezieht sich auf die Frage, inwiefern Konflikte als Inkompetenz der Teilnehmer:innen, sich am Dialog zu beteiligen, gedeutet werden. Die Rolle der Moderation besteht darin, einen Konsens in der Gruppe herzustellen.
- Der Indikator "Integration" bezieht sich auf die Frage, inwiefern die Anpassung an institutionelle Strukturen und Prozesse im Vordergrund steht. Die Rolle der Moderation besteht darin, dokumentierbare Ergebnisse zu erarbeiten.

Das theoretische Konstrukt erster Ordnung "Partizipation" wird mit den Indikatoren "Konfliktorientierung" und "Akteur:innenperspektive" operationalisiert.

- Der Indikator "Konfliktorientierung" bezieht sich auf die Frage, inwiefern Konflikte, Irritationen und Störungen als mögliche Verweise auf Machtasymmetrien gedeutet werden. Die Rolle der Moderation besteht in der Aufdeckung von Konflikten und der Rekonstruktion von Handlungsmotiven.
- Der Indikator "Akteur:innenperspektive" bezieht sich auf die Frage, inwiefern der Akteur:innenperspektive Rechnung getragen wird und die Strategie

gien, mit welchen Menschen sich aktiv Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen schaffen und sich Ausschliessungsprozessen widersetzen, anerkannt werden. Die Rolle der Moderation besteht darin, den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu ermöglichen.

5.2 Ausschliessende Effekte

In diesem Kapitel wird ein Auszug aus der ethnografischen Forschungstätigkeit von Stephanie Pigorsch (2021c) präsentiert. Die daran anschliessende Sekundäranalyse dient dazu, diejenigen Aspekte herauszuarbeiten, welche bei der Moderation von Gruppenprozessen zur Partizipation der Teilnehmer:innen beitragen und eine Reproduktion sozialer Ausschliessung vermeiden lassen.

Pigorsch interessiert sich für Ausschliessungsprozesse in moderierten Partizipationsveranstaltungen. Sie geht der Frage nach, wie sich Interessen der Teilnehmer:innen entwickeln und wie diese im Gruppenprozess bearbeitet werden.

Von Relevanz sind also Momente, in denen Menschen zögern, die Arena zu betreten, in denen sie sich entscheiden, wieder zu gehen, in denen sie stumm sind oder aber in denen sie sich öffnen, von sich erzählen, in denen sie fordern, ihren Unmut artikulieren. Genauso interessant sind die Praktiken der anderen, gegebenenfalls machtvoller positionierten Anwesenden – die ihre Interessen artikulieren und Deutungen hierarchisieren. (Pigorsch, 2021a, S. 185)

Eine zentrale Erkenntnis der Studie von Pigorsch ist, dass die Moderation von Partizipationsveranstaltungen eine entscheidende Rolle dabei einnimmt, die institutionelle Perspektive der Ergebnisorientierung zugunsten einer Akteur:innenperspektive zu verschieben und damit die Handlungsfähigkeit der Teilnehmer:innen zu stärken (Pigorsch, 2021b, S. 27).

5.2.1 Empirische Studie: Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – Oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird (Pigorsch, 2021c)

In ihrer Studie “Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – Oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird” (2021c) analysierte Pigorsch eine städtische Beteiligungsveranstaltung für Menschen mit einer Beeinträchtigung. Die Teilnehmer:innen waren dazu eingeladen, im Rahmen eines *World Café* Ideen für ein langfristiges Mitwirkungsgefäss einzubringen.

Pigorsch beobachtet an dieser Veranstaltung, wie sich die Teilnehmer:innen über alltägliche Probleme austauschen, welche ihnen als Menschen mit Beeinträchtigungen begegnen. Die Moderatorin fasst das Gesagte jeweils auf einer Moderationskarte zusammen und ordnet diese einem Themenbereich des städtischen Inklusionskonzeptes zu. Interessant für Pigorsch ist ein Moment während des World Cafés, indem nach der Erzählung einer Teilnehmerin Stille eintritt. Im Kontrast zum bisherigen Gesprächsverlauf, in welchem Themen ausgetauscht, mit einem Schlagwort notiert und einem Oberthema zugeordnet wurden, löst die Stille nach der Wortmeldung einer jungen Frau bei der Beobachterin eine Irritation aus. Der für die Sekundäranalyse ausgewählte Ausschnitt aus der Beobachtungssequenz von Pigorsch (2021a) setzt bei diesem Wendepunkt ein:

Die Runde erzählt von allein. Die Anwesenden unterbrechen sich nicht gegenseitig, sondern warten ab, bevor ein neues Thema angesprochen wird. Die junge Begleiterin der Frau im Rollstuhl meldet sich erneut zu Wort und merkt an, dass viele ihr die eigene Behinderung gar nicht ansehen würden. Sie würden sich zum Beispiel kritisch äußern, wenn sie mit ihrer Mutter einen Behindertenparkplatz ‘blockieren’ würde, obwohl ihr dieser ja zustehe. Die Runde der Teilnehmenden zögert, ob es Sinn macht, dies auf einer Moderationskarte zu verschlagworten. Eine der beiden engagierten Frauen neigt skeptisch den Kopf und sagt etwas, was ich nicht verstehen kann. Ihre Nachbarin nickt. Die Moderatorin bestärkt die junge Frau zusammenzufassen, was auf einer Moderationskarte vermerkt werden könne. Sie sagt dazu nichts und schaut die

Moderatorin mit kaum merklichem Achselzucken an. Auch die Moderatorin lässt sich Zeit, einen Vorschlag zu machen. Ein Herr im mittleren Alter hilft der Moderatorin mit dem Stichwort 'Toleranz der Umwelt' weiter. In der späteren Dokumentation wird noch etwas dazu geschrieben, nämlich 'Nicht nur Menschen im Rollstuhl haben eine Behinderung'. Die Karte wird unter die Überschrift 'Soziale Sicherheit und Teilhabe' gepinnt. Es geht zügig weiter mit der Schilderung von Erfahrungen und Problemen (Pigorsch, 2021c, S. 68).

Pigorsch stellt in ihrer Interpretation der Beobachtungssequenz fest, dass die Stille, welche nach dem Redebeitrag der jungen Frau einsetzte, einen Wendepunkt darstellt. Während im bisherigen Gesprächsverlauf die Übergänge zwischen Äusserungen der Teilnehmer:innen fließend sind, passiert nach der Schilderung der jungen Frau eine Zäsur (Pigorsch, 2021c, S. 69). Die Diskriminierungserfahrung, welche die junge Frau schilderte, war im bisherigen Austausch nicht „sagbar“ (Pigorsch, 2021a, S. 185–186). Was im weiteren Verlauf geschieht, deutet Pigorsch als Unsichtbarmachung und Blockierung von "Erfahrungswissen" (Pigorsch, 2021a; Pigorsch, 2021c). Die junge Frau beschreibt einen Prozess aus ihrem konkreten Alltag und beschreibt eine Erfahrung mit den Emotionen, welche diese in ihr ausgelöst hat. Gefragt nach einem Schlagwort, bleibt sie stumm. Pigorsch stellt fest, dass "situativ jenes Wissen als relevant markiert [wird], das institutionell handhabbar scheint" und die Entscheidung darüber, was auf der Moderationskarte notiert werden sollte, von Personen getroffen wurde, welche ein institutionelles Verständnis mitbringen (2021c, S. 70), im geschilderten Fall, von dem Herrn im mittleren Alter. Verloren ging jedoch der Gehalt der Schilderung der jungen Frau:

Aus einer Erfahrung wird ein Problem, wird ein zu bearbeitendes Ziel, das jedoch weitgehend den Bezug zur ursprünglichen Erfahrung und der dahinter stehenden Person vermissen lässt (Pigorsch, 2021c, S. 74).

Pigorsch stellt fest, dass Formate, welche zwar "offen für alle" sind, dennoch spezifische Anforderungen an die Kompetenzen der Adressat:innen stellen (Pigorsch, 2024, S. 186) und damit die Repräsentation von Menschen verun-

möglichen, welche ihre Interessen nicht entlang der institutionellen Logiken artikulieren können (Pigorsch, 2024, S. 193). Der Diskurs der jungen Frau findet keine Repräsentation, da sie "sich die Veranstaltung auf eine andere Art als die der professionalisierten Akteur_innen angeeignet [hat]" (Pigorsch, 2021c, S. 72). Die methodische Vorgabe, dass Äusserungen auf einer Moderationskarte schlagwortartig abgebildet werden sollen, steht quer zur Art und Weise, wie sich die junge Frau ausdrückt und die Moderation nimmt die Rolle ein, dass Erfahrungswissen so in Form gebracht wird, dass es sich in den institutionellen Rahmungen einordnen lässt (Pigorsch, 2021a, S. 186), im vorliegenden Fall, indem ein Schlagwort gefunden und dieses wiederum einer bereits festgelegten Oberkategorie zugeordnet wird.

Zusammenfassend weist die Praxisforschung von Pigorsch darauf hin, dass die Moderation einen entscheidenden Einfluss darauf hat, ob auf Partizipationsveranstaltungen tatsächlich Partizipation geschieht oder im Gegenteil institutionalisierte Mechanismen der Ausschliessung reproduziert werden. Am Beispiel des Beteiligungsanlasses zu einem städtischen Inklusionskonzept zeigte Pigorsch auf, wie aufgrund der methodischen Strukturierung und Zielorientierung Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wurde.

5.2.2 Soziale Ausschliessung: Indikator "Konsensorientierung"

Nun wird im Rahmen einer Sekundäranalyse die Beobachtungssequenz von Pigorsch (2021a) auf der Dimension der sozialen Ausschliessung entlang dem Indikator "Konsensorientierung" interpretiert.

Der Indikator "Konsensorientierung" bezieht sich auf die Frage, inwiefern Konflikte als Inkompetenz der Teilnehmer:innen, sich am Dialog zu beteiligen, gedeutet werden. Die Rolle der Moderation besteht darin, einen Konsens in der Gruppe herzustellen (vgl. Kapitel 5.1.1 "Operationalisierung").

Die Stille, welche eintrat, nachdem die junge Frau ihre Erfahrung geschildert hatte, wurde von der Moderatorin als Abweichung des bisherigen flüssigen Gesprächsverlaufs gedeutet. Die Aufmerksamkeit der Moderatorin richtete sich nicht auf die weitere Ergründung der Motive der jungen Frau und zielte nicht auf ein Verständnis der Gruppe für die Besonderheit der Erfahrung der jungen

Frau. Mit der Fokussierung auf die Beschriftung einer Moderationskarte versuchte die Moderatorin, einen Konsens zu erzielen. Dass die Teilnehmer:in keinen eigenen Vorschlag für die Verschriftlichung machte, wurde implizit als Inkompetenz gewertet. Dies wird daran ersichtlich, dass die Formulierung des Mannes mittleren Alters auf der Moderationskarte notiert wurde, obwohl diese inhaltlich die Erfahrung der jungen Frau nicht repräsentierte.

Die Konsensorientierung lässt sich daran ablesen, dass in der beobachteten Veranstaltung Aushandlungen darüber geführt wurden, wie das Gesagte auf einer Moderationskarte aufgeschrieben werden soll. Es musste ein Konsens herbeigeführt werden, welcher sich in einem Schlagwort niederschlug. Die Logik der Planung und Verwaltung gibt diese Konsens- und Ergebnisorientierung vor. Nur wenn das Inklusionskonzept von der Öffentlichkeit akzeptiert und mitgetragen wird, ist es legitim, dafür öffentliche Gelder zu sprechen und die daraus abgeleiteten Massnahmen umzusetzen. Demgegenüber steht ein demokratiethoretisches Verständnis von Teilhabe als Gegenbegriff zu sozialer Ausschliessung. Dissens und Konflikt deuten aus dieser Perspektive auf Ausschliessung hin. Die Ausschliessungserfahrungen, welche marginalisierte Menschen in ihrem Alltag machen, deuten darauf hin, dass die ihnen als Bürger:innen demokratische verfasster Staaten zustehende gleichberechtigte Teilhabe verwehrt bleibt.

Wenn Moderationspersonen also ihre Aufmerksamkeit auf verbale und non-verbale Äusserungen richten, welche als Störung oder Widerstand gedeutet werden, können sie einen Beitrag dazu leisten, bislang "leise" Konflikte öffentlich sichtbar zu machen (Pigorsch, 2021a, S. 186) und diese dahingehend zu bearbeiten, dass mehr Teilhabe möglich wird. Eine solche Moderation ist aufmerksam auf Situationen im Gruppenprozess, welche auf Konflikte verweisen.

5.2.3 Soziale Ausschliessung: Indikator "Integration"

Die Sekundäranalyse auf der Dimension der "sozialen Ausschliessung" erfolgt nun entlang dem Indikator "Integration".

Der Indikator "Integration" bezieht sich auf die Frage, inwiefern die Anpassung an institutionelle Strukturen und Prozesse im Vordergrund steht. Die Rolle der Moderation besteht darin, dokumen-

tierbare Ergebnisse zu erarbeiten (vgl. Kapitel 5.1.1 "Operationalisierung").

Die Moderatorin stellt die Ergebnisorientierung über das Ergründen der in der Alltagssprache geäusserten spezifischen Erfahrung. Darauf weist auch die Beobachtung hin, dass die Moderatorin nicht erklärt, warum sie die Moderationskarte der Überschrift 'Soziale Sicherheit und Teilhabe' zuordnet und nicht einer anderen Oberkategorie. Möglicherweise ist das Thema noch nicht in einer passenden Form ausformuliert, um einer bestehenden Oberkategorie zugeordnet zu werden. Es wäre zu überlegen, das Thema als Anlass zu nehmen, um einen separaten Prozess zu initiieren, dieses Mal zusammen mit Menschen, welche ebenfalls nichtsichtbare Behinderungen haben. In einem solchen Prozess der "Selbstvergewisserung" (May 2017, S. 169) könnten die Alltagserfahrungen in Ansprüche übersetzt werden und als solche wieder dem Beteiligungsprozess im Rahmen des städtischen Inklusionskonzeptes zugeführt werden. Im Kapitel 4.2.1 „Räume der Repräsentation“ wurde dieses Vorgehen detailliert beschrieben.

Das Spannungsverhältnis zwischen Ordnung und Befreiung kann an den Widersprüchen der Logik der Verwaltung und dem sozialarbeiterischen Selbstverständnis festgemacht werden. Die Partizipationsveranstaltung hatte zum Ziel, Ideen für ein langfristiges Beteiligungsformat zu sammeln. Die Teilnehmenden werden als Menschen mit einer Beeinträchtigung adressiert und dazu aufgefordert, von ihren alltäglichen Herausforderungen zu berichten (Pigorsch, 2021a, S. 186). Wie am Beispiel der jungen Frau erkenntlich ist, wurde aber genau jenes Alltagswissen, nach welchem gefragt wurde, unsichtbar gemacht, da es auf eine Art und Weise formuliert worden war, welche quer zur Verschlagwortung stand (Pigorsch, 2021a, S. 186).

Die Einhaltung der Ordnung stand in der beobachteten Sequenz im Vordergrund. Es war für die Moderatorin wichtiger, dass eine Moderationskarte beschriftet werden konnte, als dass sie die junge Frau durch Nachfragen, was sie genau meinte (Pigorsch, 2021c, S. 69), dabei begleitet hätte, ihre Erfahrung als Diskriminierungserfahrung zu benennen und damit der Erfahrung der jungen Frau "Repräsentation" (Pigorsch, 2021a, S. 186) ermöglicht hätte. Damit hätte die Moderatorin die Macht zwischen Teilnehmer:innen, welche die

institutionelle Sprache sprechen und Menschen, welche in diesen Formaten “ungeübt” sind, ausgleichen können (Pigorsch, 2021a, S. 186). Indem die Erfahrung der jungen Frau sicht- und sagbar geworden wäre, hätte sich für Menschen, welche von einer Diskriminierung aufgrund ihrer nichtsichtbaren Behinderung betroffen sind, ein Artikulationsraum für ihre spezifischen Erfahrungen geöffnet. Indem sie die Beweggründe der jungen Frau für ihre Äusserungen oder ihr Verhalten erfragt hätte, hätte sie einen Raum der Repräsentation für die Akteur:innenperspektive schaffen können.

5.3 Anstoss zu Partizipation

In diesem Kapitel wird ein Auszug aus der ethnografischen Forschungstätigkeit von Sandra Kuchler präsentiert. Die Sekundäranalyse im Anschluss dient dazu, diejenigen Aspekte herauszuarbeiten, welche bei der Moderation von Gruppenprozessen zur Partizipation der Teilnehmer:innen beitragen und eine Reproduktion sozialer Ausschliessung vermeiden lassen.

In ihrer Studie “Partizipation. Soziale Arbeit am Sozialen” beschäftigte sich Sandra Kuchler (2018) mit der Frage, “was diese Sternstunden der Sozialen Arbeit auszeichnet, in denen Ideen sich erweitern, Hindernisse gemeinsam überwunden werden und etwas Neues entsteht” (IX).

Ein zentrales Ergebnis der Studie von Kuchler (2018) ist die Erkenntnis, dass Partizipationsprozesse die “Verschiebung” von hierarchischen, “permanent in Veränderung begriffenen [Gefügen]” bewirken können. Um einen Anstoss für Veränderungsprozesse zu geben, bedarf es einer sensiblen Wahrnehmung für Minderheiten und Widersprüche, welche über die kognitive Wahrnehmung hinausgeht (S. 172). Die affektive Komponente, das Sich-Berühren-Lassen ist gemäss Kuchler die Voraussetzung dafür, dass Verbindungen zwischen Menschen entstehen können und die Hierarchien für Momente aufheben können (S. 174).

5.3.1 Empirische Studie: Partizipation als Arbeit am Sozialen (Kuchler, 2018)

Die Literaturverweise dieses Kapitels beziehen sich auf Kuchler (2018).

Sandra Kuchler befragte für ihre Dissertation acht Teams einer Einrichtung der Jugendhilfe hinsichtlich deren partizipativer Praktiken im professionellen All-

tag. KÜchler wertete die Interviews aus und leitete aus den Ergebnissen fünf Thesen ab. Um diese Thesen mit den befragten Teams zu diskutieren, lud sie zu einem Austausch ein, welchen sie nach der Methode des World Café moderierte. Als teilnehmende Beobachterin analysierte KÜchler diesen ersten Workshop und kam zum ernüchternden Schluss, dass sie trotz der partizipativen Anlage "keinen Kontakt zur Gruppe herstellen" konnte, dass "an den Tischen ... wenig und erst nach mehrfacher Aufforderung auf die Tischdecken geschrieben wurde", die Thesen "nicht vertiefend diskutiert" wurden, "die Aussagen ... unvermittelt nebeneinander stehen [blieben]" und "kein gemeinsames Gespräch zustande [kam]" (S. 63–66).

Ihr Ziel, "einen Aushandlungsprozess zur gemeinsamen Wirklichkeitskonstruktion" anzuregen, hatte KÜchler mit dem ersten Workshop verfehlt (S. 84). KÜchler reflektierte in der Folge die Verdichtung der Interviews durch deren Rückbindung an theoretische Wissensbestände als Reproduktion der gesellschaftlichen Norm der "'höherwertigen' Theorie gegenüber der Praxis" und damit als Ausschliessungshandeln (S. 84).

Die Forscherin entschied sich anschliessend dafür, einen zweiten Workshop zu organisieren, diesen aber anders anzugehen, um die Machtrelationen weg von der Forscherin hin zu den Teilnehmer:innen zu verschieben (S. 86) und damit auf einen "gleichberechtigten Dialog" (S. 89) hinzuarbeiten. KÜchler suchte nach einer Alternative zur Thesenformulierung und entschied sich für die Methode der Bildinterpretation nach Bohnsack & Krüger (2004; zitiert nach KÜchler, 2018, S. 90). Diesen Entscheid begründete sie damit, dass durch das nichtsprachliche, auf implizites Wissen verweisende Format der Bilder die Logik der Akteur:innen eher zum Tragen kommen und damit die Macht der Theorie geschwächt würde (S. 91). Die Arbeit mit Bildern sowie die Bewusstmachung von implizitem Wissen kann mit der dialogisch angewendeten Methode des Kodierens/Dekodierens nach Freire in Verbindung gebracht werden, welche im Kapitel 4.2.1 "Räume der Repräsentation" beschrieben ist.

Anstelle der Verdichtung der Forschungsergebnisse in Thesenform, erstellte KÜchler für jedes Interview ein Schaubild, auf welchem sie die spezifischen professionellen Routinen des interviewten Teams abbildete (S. 92).

Den zweiten Workshop beobachtete KÜchler erneut teilnehmend. Der unten zitierte Auszug aus der Beobachtungssequenz setzt an der Stelle ein, als KÜchler sämtliche Schaubilder vor dem Plenum präsentiert hatte (S. 118–119):

Unmittelbar nach der Präsentation des letzten Schaubildes beginnen die Teilnehmer_innen, sich durcheinander zu unterhalten. Außer der Rückfrage zur Methode des Door-Knockings kommt immer wieder Wertschätzung gegenüber den Schaubildern zum Ausdruck. Die Teilnehmer_innen beteiligen sich aktiv und bringen ihre Fragen und Ideen ein. Unter anderem werden erste Fragen für einen möglichen Fragebogen gesammelt, mit dem eine Teilnehmer_in gerne einmal ihre Adressat_innen über deren Zufriedenheit befragen möchte. Alle Teilnehmer_innen sprechen durcheinander, zum Teil gleichzeitig, verweisen auf die Unterschiede der Bilder und fragen nach Techniken. Es wird erneut angemerkt, dass nur in dem Schaubild der „Parteilichen Partizipation“ die Adressat_innen skizziert sind. Eine Teilnehmer_in beginnt spontan erste Ideen zur Erweiterung ihrer Partizipativen Praktiken aufzuschreiben.

Auf Rückfrage der Projekt-Teilnehmer_innen an die Leitungskräfte, warum die Rahmenbedingungen und Arbeitsaufträge der unterschiedlichen Projekte so verschieden seien, wiederholen diese, dass die knapp skizzierten Rahmenbedingungen auf den Schaubildern aus ihren Augen eh zu verkürzt und wenig aussagekräftig seien, da sie die tatsächlich geleistete Arbeit der einzelnen Projekte nicht wiedergeben würden. Für eine Spezifizierung der geleisteten Arbeit ist die Leistungsbeschreibung aus ihrer Perspektive unverzichtbar.

Die Leitungsebene fragt sich beim Betrachten der Schaubilder, ob Partizipation beliebig sei bzw. 'auf welcher Stufe der neun Stufen der Partizipation sich die vorgestellten Projekte eigentlich bewegen?' Auf diese Frage antworte ich, dass die Schaubilder bewusst nicht an das bekannte Stufenmodell der Partizipation angelehnt seien, sondern es um das Sichtbarmachen der Partizipativen Praktiken in den bestehenden SHA-Projekten vor Ort gehe [SHA = Sozialräumliche Hilfen und Angebote; O.F.]. Daraufhin fragt die andere

Leitungskraft, ob dann nicht alles Partizipation sei und wo und wie Unterscheidungen in Partizipativen Praktiken getroffen werden könnten. Als Beispiel betont sie die Unterschiede zwischen Zuhören und Door-Knocking, die in ihren Augen doch sehr konträre Herangehensweisen verdeutlichen. Auf diese Frage wird nicht weiter eingegangen, sie geht in den unterschiedlichen Bemerkungen unter.

Die Mehrheit der Teilnehmer_innen ergänzt 'ihr' Bild der Partizipation mit eigenen Ideen, zudem besteht reges Interesse an den Partizipativen Praktiken der anderen Einrichtungen. Offensichtlich wussten die SHA-Projekte wenig voneinander. Dies schlägt sich auch in dem Erstaunen über die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Projekte und ihrer Aufträge nieder. Aus diesem Diskussionsstrang heraus gründet sich auf dem Workshop eine kleine Arbeitsgruppe, die anhand der Schaubilder ihre Partizipativen Praktiken weiterentwickeln will.

Dieser Teil der Diskussion unter den Teilnehmer_innen verläuft weitestgehend ohne Einmischung von meiner Seite. Sie beziehen sich gegenseitig aufeinander, ohne weiter Kenntnis von mir zu nehmen. Die Gespräche der Mitarbeiter_innen untereinander gewinnen eine Eigendynamik und es fällt mir schwer, in diese einzugreifen. Erst als ich auf die ablaufende Zeit verweise, kommt Ruhe in die Gruppe.

Ich bin während dieser Zeit damit beschäftigt, mich gegen die Anrufung von Seiten der Leitungskräfte abzugrenzen, die offensichtlich eine andere Erwartung an meine Forschung und insbesondere an deren Ergebnisse hatten.

In Anlehnung an die Terminologie nach Deleuze & Guattari (1992; zitiert nach Kückler, 2018) beschreibt Kückler den Verlauf des zweiten Workshops mit den Begriffen Minoritär-Werden, Bruch, Verrat, Schöpfung:

Zunächst ist dabei die Wahrnehmung eines Minoritär-Werdens zu nennen, indem ich mich den Teilnehmer_innen und diese sich einander zugewendet haben. Darauf folgte der Bruch mit einer

bestimmten Wahrnehmungsgewohnheit, der einen Verrat an der herrschenden Ordnung mit sich brachte. Aus der Intensität, die mit diesen neuen Wahrnehmungen und der aus ihnen resultierenden Eröffnung neuer Möglichkeiten einhergeht, können Schöpfungsprozesse entstehen, die entweder bestehende Elemente oder Verhältnisse neu kombinieren oder neue Bezüge erfinden und erschaffen (S. 147).

Der Prozess vom Minoritär-Werden bis zum Schöpfungsakt kann als eine Verschiebung von Machtverhältnissen interpretiert werden. Im Rahmen der Sekundäranalyse wird im nächsten Unterkapitel diese Verschiebung von Machtverhältnissen diskutiert.

5.3.2 Partizipation: Indikator “Konfliktorientierung”

Die Sekundäranalyse der Beobachtungssequenz von Kuchler (2018) erfolgt nun auf der Dimension der Partizipation entlang dem Indikator der “Konfliktorientierung”.

Der Indikator “Konfliktorientierung” bezieht sich auf die Frage, inwiefern Konflikte, Irritationen und Störungen als mögliche Verweise auf Machtasymmetrien gedeutet werden. Die Rolle der Moderation besteht in der Aufdeckung von Konflikten und der Rekonstruktion von Handlungsmotiven (vgl. Kapitel 5.1.1 “Operationalisierung”).

Kuchler war zugleich teilnehmende Beobachterin und Forscherin im Workshop, aus welchem die zu analysierende Sequenz stammt. Die Nichtbeteiligung am ersten Workshop nahm Kuchler als Hinweis auf einen Interessenskonflikt wahr. Dies war Anlass dafür, dass Kuchler das gesamte Format neu überdachte. Als ersten Schritt eines transformativen Prozesses steht das “Minoritär-Werden” (Kuchler, 2018, S. 140–141). Mit Minoritär-Werden ist gemeint, dass man sich der situativ schwächeren Partei und deren Interessen und Wünschen zuwendet (Kuchler, 2018, S. 140). Zentral ist das “Werden” als Prozess, welcher durch das “Aufspüren von Zeichen und Resonanzen” (Kuchler, 2018, S. 182) neue Handlungsspielräume öffnet und damit die bestehenden Machtverhältnisse möglicherweise verschieben kann. An der oben zitier-

ten Beobachtungssequenz wurde das Minoritär-Werden daran deutlich, dass der Wunsch der Mitarbeiter:innen “unter sich [zu] bleiben” von der Moderationsperson nicht blockiert wurde (Küchler, 2018, S. 145). Hier kommt die affirmative Haltung von Deleuze und Guattari zum Ausdruck: Irritationen zuzulassen, wird dabei positiv gewertet, da nur auf diese Weise Kraft für neue Lösungswege freigesetzt wird und sich die Machtrelationen verändern können (Küchler, 2018, S. 145).

Küchler entschied sich bei der Vorbereitung des zweiten Workshops für den Einsatz von Bildern. Auch dies kann als Konfliktorientierung interpretiert werden. Bilder haben den Zweck, Irritationen auszulösen und dadurch Zugang zu implizitem, noch nicht versprachlichtem Wissen zu schaffen. Irritationen sind grundsätzlich sinnliche Erfahrungen und können nicht in abstrakte Begriffe oder Handlungsanweisungen überführt werden, sondern lösen Assoziationen und Gefühle aus, welche auf implizites Wissen und damit die “Zwischenbereiche zwischen Wahrnehmen und Handeln” verweisen (Küchler, 2018, S. 187–188). Bilder, Geschichten oder Signalwörter, welche Irritationen auslösen, indem sie Emotionen und Erinnerungen wecken, dienen dabei als Brücke zur Vorstellung anderer möglicher Zukünfte (Küchler, 2018, S. 189).

Gleichzeitig war es Küchler wichtig, eine “sensible Wahrnehmung von Routinen und bestehenden Kräfteverhältnissen in den jeweiligen Gefügen” zu entwickeln (Küchler, 2018, S. 149). Die sensible Wahrnehmung kann sich als “ein Abstand zwischen Wahrnehmung und Bewegung, der einen Raum für verschiedene Verhaltensweisen öffnet”, äussern (Küchler, 2018, S. 136–137). An der Entscheidung, die Eigendynamik der Gruppe nicht zu unterbrechen, damit das, was im ersten Workshop nicht sagbar war, eine Stimme erhält, lässt sich diese sensible Wahrnehmung erkennen.

5.3.3 Partizipation: Indikator “Akteur:innenperspektive”

Die Sekundäranalyse erfolgt nun auf der Dimension der Partizipation entlang dem Indikator “Akteur:innenperspektive”.

Der Indikator “Akteur:innenperspektive” bezieht sich auf die Frage, inwiefern der Akteur:innenperspektive Rechnung getragen wird und die Strategien, mit welchen Menschen sich aktiv Zugang

zu gesellschaftlichen Ressourcen schaffen und sich Ausschlussprozessen widersetzen, anerkannt werden. Die Rolle der Moderation besteht darin, den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu ermöglichen (vgl. Kapitel 5.1.1 "Operationalisierung").

Ein wichtiges Ergebnis aus der Studie von KÜchler (2018) ist die Erkenntnis, dass die Anerkennung der Differenzen der Teilnehmer:innen die Voraussetzung dafür ist, dass unterschiedliche Standpunkte in die Diskussion aufgenommen werden "ohne nach ihrer Funktion gemessen, hierarchisiert oder einem Ideal untergeordnet zu werden" (S. 149). Die Alltagserfahrungen der Mitarbeiter:innen wurden in ihrer Unterschiedlichkeit in den Schaubildern abgebildet. Dadurch wurde ein Austausch über die unterschiedlichen Arbeitsweisen erst möglich. Partizipation ist gemäss KÜchler dann transformativ, wenn bisherige Deutungsmuster überwunden werden und "mit anderen Realitäten abgeglichen werden" (S. 184).

Situativ können Ausschlussdynamiken hin zu mehr Partizipation verändert und dadurch Machtrelationen verschoben werden (S. 149–150). Machtunterschiede verortet KÜchler zwischen der Forscherin zu den Beforschten (S. 141) sowie innerhalb der untersuchten Gruppe von den Führungskräften zu den Mitarbeiter:innen (S. 142). Die Verschiebung der Machtverhältnisse lässt sich an der Sequenz daran beobachten, wie die Anliegen der statushöheren Führungskräfte, welche die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung beabsichtigen, von den Mitarbeiter:innen weitestgehend ignoriert werden und auch von der Moderatorin nicht zum Anlass genommen werden, den regen Austausch unter den Mitarbeiter:innen zu unterbrechen. Zugleich wird aber auch die Forscherin von den Mitarbeiter:innen ignoriert. Damit wird die Hierarchie zwischen der Forscherin und den Beforschten situativ aufgehoben.

Im Gegensatz zu professionellem Handeln, welches sich an einem planbaren Vorgehen orientiert, deutet KÜchler partizipative Praktiken als "Moment[e] der Verwandlung", in welchen sich der Deutungshorizont erweitert und damit Neuem Platz macht (S. 184). An ihrem Handeln als Moderatorin kann abgelesen werden, dass sie die Eigendynamik, welche die Gespräche der Mitarbeiter:innen entwickelten, als Moment der Verwandlung wahrnahm und diese nicht durch die Einhaltung eines vorgegebenen zeitlichen Ablaufs stoppte. Als

Moderatorin nahm sich Kuchler zurück und stellte damit die Akteur:innenperspektive über die Einhaltung eines strukturierten Workshopablaufs.

Ein zentraler Aspekt von Partizipation ist aus der Sicht von Kuchler die "Vergemeinschaftung" (S. 188) als Voraussetzung von Resonanzerfahrungen. Indem Irritationen, Wünsche, Bilder in Verbindung mit Anderen gesetzt werden und dabei affektive Resonanz erfahren, können die Vorstellungen einer neuen Zukunft in Handlungen übersetzt werden, und damit bestehende Ordnungen verändern (188–189). Die Moderatorin ermöglichte durch den Einsatz der Schaubilder, dass solche Verbindungen entstehen konnten. Die spürbare Eigendynamik zeugte davon, dass die Bilder und der dialogische Austausch über die verschiedenen Arbeitsweisen die Mitarbeiter:innen auf einer affektiven Ebene berührten und Vorstellungen weckten, welche dazu dienten, ihre Handlungsoptionen zu erweitern.

Die Sekundäranalyse der Studie von Pigorsch (2018) konnte zeigen, dass soziale Ausschliessung auch ein wichtiges Analyseinstrument sein kann, um Hierarchien und latente Konflikte unter Sozialarbeiter:innen (Leitungskräfte – Mitarbeitende) oder der Forschung und der Praxis zu dekonstruieren. Die Studie schärft darüber hinaus ein Partizipationsverständnis als affektiven und kollektiven Transformationsprozess, welcher es erlaubt, die eigenen Routinen zu hinterfragen. Indem die Mitarbeiter:innen angefangen haben, sich darüber auszutauschen, inwiefern und wie sie Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen für ihre Nutzer:innen schaffen können, entstehen neue Optionen des professionellen Handelns und damit indirekt womöglich auch eine Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten der Nutzer:innen.

5.4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Mit der Methode der Ethnografie kann professionelle Praxis beobachtet, in ihren kontextuellen Rahmenbedingungen eingeordnet und in ihrer Prozesshaftigkeit beschrieben werden.

Das Erkenntnisinteresse der Sekundäranalyse zweier ethnografischer Studien lag darin, Ausschliessungseffekte wie auch gelingende Partizipationsprozesse zu verstehen. Fokussiert wurde dabei die Rolle der Moderation, im Wissen

darum, dass deren Handeln immer situativ eingebunden ist und nicht isoliert betrachtet und beurteilt werden kann.

Die Studie von Pigorsch (2021c) zeigte auf, dass Partizipationsveranstaltungen nicht intendierte Folgen der sozialen Ausschliessung haben können. Die Logik von Verwaltung und Planung, welche Alltagserfahrungen in institutionell handhabbare Massnahmen übersetzt, führte in der analysierten Studie dazu, dass Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wurde. In der Sekundäranalyse wurde die Konsensorientierung und der Integrationsanspruch, welche die Moderation vermittelte, herausgearbeitet. Die Irritation, welche mit der Stille nach der Wortmeldung einer jungen Frau eintrat, wurde von der Moderatorin nicht zum Anlass genommen, zu ergründen, was das Handlungsmotiv der jungen Frau ist und worauf sich ihr Interesse konkret richtet. Stattdessen stand die Beschriftung einer Moderationskarte im Vordergrund, also das Herstellen eines Konsenses, welcher in Form eines Schlagwortes die Auseinandersetzung mit der Erfahrung der jungen Frau beendete. Die hergestellte Passung des von der jungen Frau Gesagten mit der Methode des Verschlagwortens ist eine Folge der Ergebnisorientierung, welche die institutionelle Logik von Planung und Verwaltung vorgibt. Das Ziel, dokumentierbare Ergebnisse in Form von zu den Inhalten der vorbestimmten Oberkategorien passenden Schlagworten herzustellen, verunmöglichte eine vertiefte Beschäftigung mit dem Anliegen der jungen Frau, welches auf eine persönliche Diskriminierungserfahrung verweist. Aus einer Akteur:innenperspektive kann festgestellt werden, dass die Partizipationsveranstaltung keinen Gebrauchswert für die junge Frau haben konnte, da sie für die Bearbeitung der von ihr geschilderten Mangelsituation keine Ressourcen erschliessen konnte. Darüberhinaus erfuhr die junge Frau eine erneute Ausschliessung, da ihre Stimme zum Verstummen gebracht wurde.

Die zweite Sekundäranalyse bezog sich auf die Studie von Küchler (2018). Die Studie von Küchler wurde mit Partizipationshandeln in Verbindung gebracht. Die Moderatorin eines Austauschs von Mitarbeiter:innen sowie Leitungskräften eines Angebots der Sozialen Arbeit, nahm die Nichtbeteiligung der Anwesenden am ersten von ihr durchgeführten Workshop zum Anlass, den zweiten Workshop grundlegend neu zu gestalten. Die Nichtbeteiligung wurde als Hinweis auf die Machtasymmetrie zwischen der Forscherin und den Beforschten

gedeutet. Eine weitere Machtasymmetrie war durch den Vergleich der verschiedenen Arbeitsweisen und damit die Bewertung als „gute“ oder „schlechte“ Praxis hergestellt worden. Die Konfliktorientierung der Moderatorin lässt sich daran erkennen, dass sie die beiden genannten latenten Konflikte wahrnehmen konnte und dies als Anlass zur Überarbeitung ihres Workshopkonzepts nahm. Beim zweiten Workshop gelang es Kückler einerseits die Hierarchie zwischen ihr als vermeintlicher Expertin und den Sozialarbeiter:innen als Alltagsakteur:innen zu brechen, und andererseits das Konkurrenzdenken unter den Teams in einen gemeinsamen Prozess des gleichberechtigten Dialoges zu überführen. Zentral war hierfür erstens der Einsatz von Bildern. Mit Bildern konnten die Erfahrungen der einzelnen Teams in ihrer Einzigartigkeit dargestellt werden und entzogen sich damit der Bewertung in Kategorien von „gut“ und „schlecht“. Dadurch gelang es Kückler die Akteur:innenperspektive der Beforschten zugunsten der Expert:innenperspektive der Forscherin hochzuhalten. Zweitens gelang es der Moderatorin, den Workshop so offen zu gestalten, dass die Gespräche, die unter den Teilnehmenden entstanden, nicht unterbrochen oder einem Ergebnis zugeführt werden mussten. Dieser zweite Workshop hatte für die Akteur:innen einen hohen Gebrauchswert. Sie konnten an eigenen Erfahrungen anknüpfen, ihre Anliegen einbringen und im Austausch untereinander ihre professionelle Praxis weiterentwickeln.

6 Diskussion

In dieser Arbeit wurde der Frage nachgegangen, welche Aspekte bei der Moderation von Gruppenprozessen aus einer machtkritischen Perspektive zu berücksichtigen sind.

6.1 Zusammenfassung

Der Begriff der Macht wurde im Kapitel 2 im gesellschaftstheoretischen Diskurs der Konflikt- und Befreiungstheorien verortet. Macht lässt sich in ungerechten gesellschaftlichen Strukturen verorten. Strukturelle Macht äussert sich einerseits in der sozialen Ungleichheit. Einkommen und Vermögen sind in modernen Gesellschaften ungleich unter den Menschen verteilt. Andererseits lässt sich strukturelle Macht daran erkennen, dass eine Statushierarchie unter den Menschen besteht. Entlang von konstruierten Differenzen wie Geschlecht, soziale Herkunft, Ethnizität und weiteren Kategorien bildet sich eine gesellschaftliche Rangordnung heraus, welche zu Benachteiligungen aufgrund zugeschriebener Differenzen führt. Ungerecht ist Macht in modernen Gesellschaften, weil sie auf Hierarchien gründet. Eine Hierarchie entlang von ökonomischem Einkommen oder Vermögen oder aufgrund der konstruierten Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Mehrheit ist illegitim. Eine solche Hierarchie widerspricht der Idee der Gleichheit aller Menschen. Kritik an den Machtstrukturen zeigt auf, dass Menschen unter den gesellschaftlichen Bedingungen in modernen Gesellschaften auf verschiedenen Dimensionen und in unterschiedlichem Ausmass an einer Teilhabe als gleichberechtigte Bürger:innen gehindert werden.

Im Kapitel 3 wurde der Machtbegriff auf die Interaktionsebene übertragen. Ausgangspunkt für dieses Kapitel ist die interaktionistische Annahme, dass die Herausbildung und das Fortbestehen gesellschaftlicher Strukturen durch das kollektive Handeln von Menschen erst ermöglicht wird. Eine weitere Annahme aus dem Interaktionismus ist diejenige, dass das Handeln von Menschen nicht durch Strukturen vorbestimmt ist, sondern dass Menschen aktive Akteur:innen sind, welche durch ihr kollektives Handeln Strukturen auch verändern können. Um die interaktionistischen Annahmen auf den Machtbegriff zu übertragen, erweist sich der Analysebegriff der sozialen Ausschliessung als

passend. Mit dem Begriff der sozialen Ausschliessung kann untersucht werden, wie gesellschaftliche Hierarchien auf der Ebene der Individuen sichtbar werden und wie Individuen diese Hierarchien reproduzieren oder auch transformieren. Die Erkenntnis aus dem Kapitel 2, dass Machtstrukturen in modernen Gesellschaften eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen verhindern, wurde mit dem Begriff der sozialen Ausschliessung auf die Ebene der Interaktion übertragen. Mit dem Begriff der sozialen Ausschliessung können strukturell verursachte Benachteiligungen im Hinblick auf deren Folgen für die Individuen untersucht werden. Dem Begriff der sozialen Ausschliessung wurde der Begriff der Partizipation gegenübergestellt. Mit dem Begriffspaar der sozialen Ausschliessung und der Partizipation kann gefragt werden, inwiefern Menschen vom Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie materiellem Wohlstand und der Anerkennung als gleichberechtigte Bürger:innen ausgeschlossen werden. Wie in Kapitel 2 aufgezeigt, wirken gesellschaftliche Hierarchien über Statusunterscheidungen auf unterschiedlichen Dimensionen. Mit dem Begriff der sozialen Ausschliessung können eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Dimensionen, auf welchen gesellschaftliche Statusunterschiede wirksam sind, analysiert werden. Ein weiterer Fokus des Kapitels lag auf der Definition von Partizipation. Aus einer Akteur:innenperspektive bezeichnet Partizipation die Handlungsfähigkeit von Menschen, welche diese im Laufe vom Ausschliessungsprozessen aufrechterhalten können. Aus dieser Perspektive geraten Handlungsstrategien in den Blick, mit welchen Menschen versuchen, sich Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu verschaffen und dadurch an ihrer Partizipation "zu arbeiten".

Das Kapitel 4 zeigte die Involviertheit der professionellen Praxis sozialer Arbeit in die Reproduktion sozialer Ausschliessung auf und skizzierte Handlungsoptionen, mit welchen strukturell bedingte Benachteiligungen durch die Praxis Professioneller der Sozialen Arbeit ausgeglichen werden können. Die Auseinandersetzung mit theoretischen und empirischen Beiträgen zu sozialer Ausschliessung im Kontext von sozialer Arbeit führte zur Erkenntnis, dass sich Professionelle der Sozialen Arbeit aufgrund ihrer institutionellen Eingebundenheit in einem Spannungsfeld zwischen der Reproduktion ungerechter Machtverhältnisse einerseits und der Ermöglichung von Zugängen zu gesellschaftlichen Ressourcen andererseits befinden. Die im Kapitel 3 eingeführte

Akteur:innenperspektive auf soziale Ausschliessungsprozesse und alltägliches Partizipationshandeln von Menschen wurde in Kapitel 4 aufgegriffen, um Schlussfolgerungen für eine machtkritische sozialarbeiterische Praxis abzuleiten. Professionelle der Sozialen Arbeit können die Akteur:innenperspektive stärken, indem sie ihre Wahrnehmung für die alltägliche "Arbeit an Partizipation", welche ihre Nutzer:innen leisten, schulen. Damit geraten auch widerständige Praktiken von Nutzer:innen in den Blick, welche darauf verweisen können, dass ungerechte Machtverhältnisse wirksam sind und die Betroffenen sich gegen eine Statusdegradierung zur Wehr setzen. Ein besonderes Augenmerk wurde in diesem Kapitel auf die methodische Umsetzung von dialogischen, partizipativen Formaten gelegt, welche die Akteur:innenperspektive stärken sollen. Angemessen erwies sich die Arbeit mit Gruppen im Format der Zukunftswerkstatt, ergänzt mit der Methode des Kodierens/Dekodierens nach Freire. Das Kodieren mittels Bildern oder szenischen Darstellungen erscheint als Methode angemessen, um in dominanten Diskursen nicht gehörte Interessen zu artikulieren. Zentral ist dabei das Wissen darum, dass nicht gehörte Interessen oft als offene oder latente Konflikte ihren Ausdruck finden. Für die Moderation bedeutet dies, dass Konflikte, Irritationen und Störungen als mögliche Verweise auf Machtasymmetrien gedeutet werden sollen.

Das Kapitel 5 diente dazu, die Rolle der Moderation in der Arbeit mit heterogenen Gruppen zu klären. Die Rolle der Moderation wurde anhand der Sekundäranalyse zweier empirischer Studien aus der Folgenforschung untersucht. Die Folgenforschung unterscheidet sich von der Wirkungsforschung darin, dass sie sozialarbeiterische Praxis nicht entlang von vorbestimmten Kriterien als gut oder schlecht bewertet, sondern dass sie – mitunter nichtbeabsichtigte – Folgen sozialarbeiterischer Praxis sichtbar macht. Der Vorteil der Folgenforschung besteht darin, dass blinde Flecken benannt werden können und damit eine Reflexion und Erweiterung von Handlungsoptionen ermöglichen. Die erste Studie befasste sich mit den Folgen eines World Cafés aus Sicht einer Teilnehmerin, welche zwar eine spezifische Diskriminierungserfahrung schilderte, diese aber nicht in Worte fassen konnte, welche auf einer Moderationskarte hätten festgehalten werden können. Die Sekundäranalyse konnte aufzeigen, dass eine Konsensorientierung der Moderationsperson dazu führen kann, dass das Ergründen und Stärken der Akteur:innenperspektive zugun-

ten der institutionellen Logik und damit dem Vorgehen nach einer bestimmten Methode, wie hier das Verschlagworten auf Moderationskarten, vernachlässigt wird. Die zweite Studie befasste sich mit dem Effekt von Erfahrungswissen, welches in Form von Bildern kodiert wird, auf die Beteiligung von Mitarbeiter:innen und Führungskräften eines Teams der Sozialen Arbeit. Die Sekundäranalyse konnte herausarbeiten, dass der gleichwertige Einbezug unterschiedlicher Standpunkte und das Zulassen von Irritationen durch Bilder die Partizipation von Minderheitenstimmen und damit die Akteur:innenperspektive stärken können.

6.2 Beantwortung der Fragestellung

Mit theoretischen und empirischen Ergebnissen zu sozialen Ausschliessungsprozessen und Partizipationshandeln kann nun die Fragestellung, welche Aspekte bei der Moderation von Gruppenprozessen aus einer machtkritischen Perspektive zu berücksichtigen sind, beantwortet werden.

Bei einer Moderation von Gruppenprozessen sollen einerseits die strukturellen Rahmenbedingungen, in welchen diese eingebunden sind, und die institutionellen Logiken, welche die Moderationspersonen transportieren, berücksichtigt werden. Andererseits gilt es das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Moderationspersonen mit der Orientierung an Irritationen und dem Aufdecken latenter Konflikte dazu beitragen können, dass die Akteur:innenperspektive zugunsten der institutionellen Logik gestärkt werden kann. Eine Reproduktion von Prozessen sozialer Ausschliessung kann in heterogenen Gruppen nicht gänzlich vermieden werden. Das Wissen über gesellschaftliche Statusunterscheidungen ist die Voraussetzung dafür, dass Hierarchien in der Gruppe und (latente) Konflikte aufgedeckt werden können. Die Orientierung an Konflikten, die sich auch in der Zurückhaltung von Teilnehmer:innen oder der Nicht-Nutzung eines Angebots zeigen können, ist die Voraussetzung dafür, Ausschliessungsprozesse zu identifizieren. Die Stärkung der Perspektive von Personen, deren Status in der Gruppe durch Ausschliessungsprozesse geschwächt wird, kann dazu beitragen, dass alle Teilnehmer:innen gleichberechtigt am Gruppenprozess partizipieren können.

Die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Machtstrukturen in den Beziehungen unter Menschen reproduziert werden, bedeutet im Umkehrschluss, dass Machtstrukturen in Beziehungen unter Menschen auch modifiziert und situativ überwunden werden können. Indem Moderator:innen von Gruppenprozessen ihre eigene Involviertheit in Ausschliessungsprozesse bewusst machen, öffnet sich ein Reflexionsraum für mögliche Handlungsoptionen. Moderator:innen haben die Rolle, Irritationen im Gruppenprozess als Anlass zu nehmen, einen gemeinsamen Verständigungsprozess zu initiieren, in welchem das Erfahrungswissen der einzelnen in ihrer Einzigartigkeit anerkannt wird. Solche Irritationen können auch gezielt durch die Moderationsperson hergestellt werden. Methoden, welche Alltagswissen in eine nichtsprachliche Form übersetzen und damit einen Austausch ermöglichen, wie die Methode der Bewusstseinsbildung nach Freire oder die Methode der Bildinterpretation nach Bohnsack, erwiesen sich als hilfreich. Mit diesen Methoden kann die Artikulation von Interessen, welche situativ jenseits des Sagbaren liegen, unterstützt werden. Auf diese Weise können situativ dominante Diskurse und Handlungen ausgeglichen und damit für Teilnehmer:innen, welche sich nicht entlang den situierten Praktiken einbringen können, Räume der Repräsentation erschlossen werden.

6.3 Grenzen der Analyse und Ausblick

Die Forschungsarbeit konnte wichtige Aspekte benennen, welche für eine machtkritische Moderation heterogener Gruppen zu berücksichtigen sind. Grenzen der Analyse liegen darin, dass soziale Ausschliessungsprozesse aufgrund ihrer Prozesshaftigkeit und ihrer Multidimensionalität in konkreten Situationen höchst unterschiedlich auftreten können. So sind je nach Arbeitsfeld und Kontext andere dominante Diskurse aktiv, welche die Einnahme einer Akteur:innenperspektive erschweren und zu blinden Flecken bezüglich der eigenen Involviertheit führen. So gilt es zum Beispiel im Sinne des perspektivischen Dualismus die jeweiligen Verschränkungen ökonomischer und kultureller Statusunterscheidungen zu entziffern. Der perspektivische Dualismus stammt aus der Anerkennungstheorie und wurde im Kapitel 2.2 ausführlich diskutiert.

Exemplarisch verweise ich auf zwei Studien, welche eine Personifizierung sozialer Probleme im Kontext von Mutterschaft beschreiben. Die Studie von Lotta Banz (2024) befasste sich mit der Organisation "La Leche League", welche seit den 1950er Jahren weltweit moderierte Austauschrunden zum Thema Stillen anbietet. Ein Ergebnis der Studie war die Erkenntnis, dass das vom Angebot transportierte Mutterbild an die "Underclass"-Debatte und den darin entstandenen Diskurs des "motherblaming" anschliesst, im Zuge dessen Mütter mit einem tiefen sozioökonomischen Status pauschalisierend als "schlechte" Mütter dargestellt wurden und für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht wurden (Danz, 2024, o.S.). Zu einer ähnlichen Erkenntnis kommt die Studie von Margot Vogel-Campanello (2018) in ihrer Studie zu Diskursen im Kontext von sozialer Familienbegleitung. Vogel-Campanello (2018) konnte aufzeigen, dass sich der Diskurs einer "neuen Unterschicht" an der Fokussierung auf Erziehungskompetenzen – bei gleichzeitigem Ignorieren struktureller Bedingungen – und damit einer Einteilung von Frauen mit tiefem sozioökonomischen Status in „gute“ und „schlechten“ Mütter erkennen lässt (S. 71). Beide Studien konnten am Beispiel des Diskurses zu einer (neuen) Unterschicht aufzeigen, wie in Bezug auf das Bild von Müttern eine individualisierende und psychologisierende Sicht eingenommen wurde, wobei strukturelle Ausschlussprozesse ausgeblendet wurden. Mit der Abgrenzung vom Soziale-Probleme-Diskurs (Kapitel 3.1.2) wurde die Individualisierung und Psychologisierung von Problemlagen thematisiert. In der Praxis gilt es, die jeweiligen gesellschaftlich wirksamen Diskurse zu beleuchten, um eine Psychologisierung und Individualisierung *schwieriger Situationen* zu vermeiden.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt liegt in der methodischen Umsetzung von partizipativen, dialogischen Gruppenprozessen. Der Einsatz symbolischer Mittel in Gruppenprozessen wurde in der Arbeit am Beispiel der Freire'schen Methode der Bewusstseinsbildung (vgl. Kapitel 4.2.1) und der Bildinterpretation nach Bohnsack (vgl. Kapitel 5.3.1) erläutert. Die Auseinandersetzung mit diesen Methoden konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht vertieft werden. Eine theoretische Beschäftigung mit dem Thema des vorsprachlichen, impliziten Wissens (Staub-Bernasconi, 2018, S. 345; May, 2017, S. 162) sowie mit dem Stellenwert von Emotionen für die Entstehung von neuen Verbindungen (Küchler, 2018, S. 188; Bargetz, 2016; S. 204) könnte die Erkenntnis stärken,

6 Diskussion

dass die gemeinsame Arbeit an Partizipation Machtverhältnisse transformieren kann.

7 Literaturverzeichnis

- Allen, A. (2022). Feminist Perspectives on Power. *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*. <https://plato.stanford.edu/archives/fall2022/entries/feminist-power/>
- Anhorn, R. (2021). Gesellschaftliche Grundlagen sozialer Ausschließung. Aktualisierende Anmerkungen zur Frage, warum soziale Ausschließung immer noch und mehr denn je Gegenstand einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit sein sollte. In Anhorn, R. & Stehr, J. (Hrsg.). *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit* (S. 3–190). Springer VS Wiesbaden.
- Anhorn, R., & Stehr, J. (2012). Grundmodelle von Gesellschaft und soziale Ausschließung: Zum Gegenstand einer kritischen Forschungsperspektive in der Sozialen Arbeit. In Schimpf, E. & Stehr, H. (Hrsg.), *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit* (S. 56–76). Springer VS Wiesbaden.
- Bareis, E. (2012): Nutzbarmachung und ihre Grenzen – (Nicht-)Nutzungsforschung im Kontext von sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Partizipation. In Schimpf, E. & Stehr, J. (Hrsg.): *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit* (S. 291–314). VS Springer VS Wiesbaden.
- Bargetz, B. (2016). *Ambivalenzen des Alltags: Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen*. transcript Verlag Bielefeld.
- Danz, L. (2024). *“Good Mothering Through Breastfeeding“: Die Stillpropaganda der La Leche League seit den 1950er Jahren*. Geschichte der Gegenwart. <https://geschichtedergegenwart.ch/good-mothering-through-breastfeeding-die-stillpropaganda-der-la-leche-league-seit-den-1950er-jahren/>
- Fraser, N. (2003). Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In Fraser, N. & Honneth, A. (Hrsg.), *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch philosophische Kontroverse* (S. 13–128). Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main.
- Fraser, N. (1987). Women, Welfare and the Politics of Need Interpretation. *Thousand Oaks*(1), 88–106.
- Friedrich, S. (2012). *Ressourcenorientierte Netzwerkmoderation. Ein Empowermentwerkzeug in der Sozialen Arbeit*. Springer VS Wiesbaden.
- Heite, C. (2010). Anerkennung von Differenz in der Sozialen Arbeit. Zur professionellen Konstruktion des Anderen. In Kessl, F. & Plösser, M. (Hrsg.), *Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen* (S. 187–200). Springer VS Wiesbaden.

- Kessl, F., Plösser, M. (2010). Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen – eine Einleitung. In Kessl, F. & Plösser, M. (Hrsg.): *Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen* (S. 7–16). Springer VS Wiesbaden.
- Küchler, S. (2018). *Partizipation als Arbeit am Sozialen. Eine qualitative Studie zu partizipativen Praktiken Professioneller in der Sozialen Arbeit*. Springer VS Wiesbaden.
- May, M. (2022). Sozialraumentwicklung. In Rund, M. & Peters, F. (Hrsg.), *Schlüsselbegriffe der Sozialplanung und ihre Kritik* (S. 189–200). Springer VS Wiesbaden.
- May, M. (2017). Ansatzpunkte professioneller Sozialer Arbeit zur Förderung einer Verwirklichung menschlichen Gemeinwesens. In May, M. (Hrsg.) *Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen: Ein theoretischer Begründungsrahmen* (S. 153–177). Verlag Barbara Budrich Berlin.
- May, M. & Alich, M. (2013). *AMIQUS – Unter Freunden: Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt*. Verlag Barbara Budrich Berlin.
- Münkler, S. & Roesler, A. (2012). *Poststrukturalismus* (2., überarb. Aufl.). Springer VS Wiesbaden.
- Munsch, C. (2024). Perspektiven auf Folgen Sozialer Arbeit – Forschen über komplexe Zusammenhänge. *Zeitschrift für Sozialpädagogik*(2), 138–160.
- Munsch, C. (2013). Bürgerschaftliches Engagement zwischen Integration und Ausgrenzung Eine kritische Analyse aus der Perspektive von Diversity-Theorien. In Geisen T., Kessl, F., Olk T. & Schnurr, S. (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Demokratie* (S. 189–204). Springer VS Wiesbaden.
- Munsch, C. (2012). Praxisforschung in der Sozialen Arbeit. In Thole, W. (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch* (4. Aufl.) (S. 1177–1190). Springer VS Wiesbaden.
- Munsch, C. (2005). Wie Engagement soziale Ausgrenzung produziert. *Forschungsjournal NSB*(3), 108–114.
- Nadai, E. (2012). Von Fällen und Formularen: Ethnographie von Sozialarbeitspraxis im institutionellen Kontext. In Schimpf, E. & Stehr, J. (Hrsg.), *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit: Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven* (S. 149–164). Springer VS Wiesbaden.

- Pigorsch, S. (2024). *Partizipation und Soziale Ausschließung: Eine Ethnografie im Kontext von Gemeinwesenarbeit*. transcript Verlag Bielefeld.
- Pigorsch, S. (2021a). Widersprüche der Sozialen Arbeit an der Partizipation – Zu Praktiken der Blockierung in gemeinwesenorientierten Partizipationssettings. *Soziale Passagen*(13), 183–187.
- Pigorsch, S. (2021b). Miesepetrigende Sozialarbeitende in Situationen veranstalteter Partizipation: (Nicht-)Nutzung als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Beteiligungspraxis. *Widersprüche*(159), 9–30.
- Pigorsch, S. (2021c). Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – Oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird. In Müller, F. & Munsch, C. (Hrsg.), *Jenseits der Intention – Ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation* (S. 63–75). Beltz Juventa Weinheim Basel.
- Staub-Bernasconi, S. (2014). Macht und (kritische) Soziale Arbeit. In Kraus, B. & Krieger, W. (Hrsg.), *Macht in der Sozialen Arbeit. Interaktionsverhältnisse zwischen Kontrolle, Partizipation und Freisetzung*. Jacobs Verlag Lage.
- Steinert, H. (2016 [2008]). 'Soziale Ausschließung': Produktionsweisen und Begriffskonjunkturen. In Klimke, D. & Legnaro, A. (Hrsg.) *Kriminologische Grundlagentexte* (S. 203–218). Springer VS Wiesbaden.
- Steinert, H. (2003a). Schließung und Ausschließung: Eine Typologie der Schließung und ihrer Folgen. In Macker, M. (Hrsg.), *Die Theorie sozialer Schließung: Tradition, Analysen, Perspektiven* (S. 193–212). Leske und Budrich Opladen
- Steinert, H. (2003b). Die kurze Geschichte und offene Zukunft eines Begriffs: Soziale Ausschließung. *Berliner Journal für Soziologie*(2), 275–285.
- Vogel-Campanello, M. (2018). "Ich hatte zuerst Angst, wenn ich eine Familienbegleitung in Anspruch nehme, dass das heisst, ich versage, ich bin keine gute Mutter (...)": Mutterschaft und Fürsorge unter erschwerten Bedingungen. *Soziale Passagen*(10), 67–84.
- Wagner T. (2017). Partizipation. In Kessl, F., Kruse, E., Stövesand, S. & Thole, W. (Hrsg), *Soziale Arbeit – Kernthemen und Problemfelder* (S. 42–51). Verlag Barbara Budrich Opladen.